

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 193 SONNTAG, 21. Februar 1937

Aus dem Inhalt:

Hinter den Kulissen von Krupp
Eine halbe Milliarde
Rüstungsgewinn

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Die Maske des Friedens

Internationale Entspannung? — Keine Kriegsgefahr, nur Kriegspsychose? — Deutschland, das Friedenslamm?

Der deutsche Reichsaußenminister von Neurath hat in einem Interview behauptet, daß die außenpolitische Konstellation weitgehend entspannt sei, daß Deutschland absolut friedfertig sei, und daß eine wirkliche Gefahr nur in der Kriegspsychose bestehe, die systematisch von Leuten geschürt werde, die ein Interesse an einer derartigen Tätigkeit hätten.

Eine schöne Entspannung beobachten wir, wenn wir um uns blicken! In Spanien wird ein Krieg geführt, dessen Schamlosigkeit nur noch von den diplomatischen Lügen übertroffen wird, mit denen der klare Tatbestand verdunkelt werden soll — sei es in Berlin oder Rom, sei es im englischen Parlament. In Danzig werden die letzten Reste der verfassungsmäßigen Freiheit und damit des Ansehens des Völkerbundes zu Boden gestampft. Gegenüber der Tschechoslowakei wird ein haßerfüllter Propagandakrieg voll wilder und unverhohlener Drohungen geführt, der in seiner Art schon Kriegsgefahr ist. Auf dem Balkan wird eine Zersetzungsarbeit betrieben, die alle Elemente friedlicher Ordnung auflösen soll. Gegen Osten reißen die Feinderklärungen gegenüber Sowjetrußland nicht ab, gegen Westen werden die alldeutschen Kolonialforderungen vertreten. Italien, Hitlers Partner, sucht Kelle zwischen England und Frankreich zu treiben mit der Versicherung, England werde am Ende die deutsche Forderung mit französischen Kolonien honorieren. Dem spanischen Konflikt im Westmittelmeer entspricht ein Konflikt Frankreich-Türkei im Ostmittelmeer, in Südosteuropa herrscht Verwirrung.

Und dabei haben wir noch nicht einmal von den Rüstungen gesprochen. Rüstungen in Deutschland, in Frankreich, in Sowjetrußland wie in der ganzen Welt — und nun dazu das gigantische englische Rüstungsprogramm, das nichts anderes ist als unmittelbare Vorbereitung auf einen ganz nahe gefürchteten Krieg. — Nicht das Mutterland allein rüstet, sondern auch die Dominien, und wenn etwas die Zweckbestimmung dieser Rüstung aufzeigt, so die Tatsache, daß die südafrikanische Union bei den Rüstungen der Dominien vorangeht. Diese Rüstung des englischen Weltreichs richtet sich gegen Deutschland und Italien. Wozu denn die Rüstungen, wenn die außenpolitische Konstellation weitgehend entspannt ist, wozu die deutsche Vierjahresplan, wozu die englische Rüstungsantwort auf diesen Vierjahresplan? Soll man annehmen, daß diese Rüstungen nur der Ausfluß der böswillig erzeugten Kriegspsychose sind, von der der deutsche Außenminister gesprochen hat?

Es gibt allerdings eine »Kriegspsychose«, die keinen Wahn darstellt, sondern ein Gefühl für die Wahrheit! Der einfache Mann auf der Straße nimmt an, daß diese gigantischen Rüstungen einen Zweck haben müssen, und der Zweck von Kriegsrüstungen ist bekanntlich der Krieg. Hat denn nicht die Politik des Dritten Reichs die Kriegsdrohung zum Mittel ihrer Politik gemacht? Droht sie nicht ununterbrochen mit dem Amoklauf, mit der allgemeinen Brandstiftung in Europa, wenn ihrem gemeingefährlichen Treiben nicht freie Bahn gelassen werde? Sucht sie nicht dauernd, kleinere und schwächere Länder unter den dauernden

Druck einer unverhohlenen Drohung mit dem verbrecherischen kriegerischen Ueberfall zu halten? Dies Treiben ist so deutlich, daß heute selbst die Diplomatie offen von der deutschen Politik des internationalen Terrors spricht. Angesichts dieser Zustände in Europa sollen die Völker sich nicht vor dem Krieg fürchten?

Wie steht es denn in Deutschland? Jeder, der Berichte aus Deutschland erhält und die Lage unbefangen prüft, weiß es: landauf, landab eine einzige große Kriegspsychose, schlimmer noch als bei anderen Völkern! Wer sind denn hier die Leute, die nach den Worten von Neurath »in ihrem Interesse systematisch die Kriegspsychose schüren?« Sind diese Leute so mächtig, daß sie gegen das

Reichspropagandaministerium, gegen die gleichgeschaltete Presse, gegen die Gestapo das ganze Volk in Kriegspsychose versetzt haben? Oder sind es nicht vielmehr die Taten der deutschen Regierung selbst, die die Kriegspsychose im Volke erzeugen — eine berechtigte Kriegspsychose? Ein System, das die letzten Reserven der Volkswirtschaft in die Rüstung wirft, das seine Qualitätsarbeiter Tag und Nacht nur Waffen und Munition erzeugen läßt, das seinen ganzen Erziehungsapparat auf Erzeugung von Kriegsbegeisterung abstellt, erzeugt Kriegspsychosen.

Wozu dann das Gerede von der internationalen Entspannung, von der unbegründeten, künstlich erzeugten Kriegspsychose? Weil das Treiben der deutschen Po-

litik die Kriegsgefahr so unmittelbar nahe gebracht hat, daß für die Kriegspropaganda die Schuldfrage von Bedeutung wird. Dies Interview des deutschen Reichsaußenministers steht im Dienste einer neuen Unschuldslüge des kriegslüsternden deutschen Militarismus. Es soll ablenken von der Tatsache, daß der neue deutsche Militarismus die Kriegsgefahr von heute heraufbeschworen hat, daß er es ist, der alle Völker auf die Bahn des Wettrüstens gezwungen hat. Der deutsche Reichsaußenminister befolgt eine altbekannte und bewährte Taktik, wenn er schreit: Haltet den Dieb!

Aber wen glaubt er heute noch täuschen zu können?

Der kalte Staatsstreich in Danzig

Die Taktik der Nationalsozialisten

Der Freistaat Danzig befindet sich heute in der gleichen Lage wie Deutschland im Mai 1933. Die Verfassung ist tatsächlich gebrochen. Mit einigen formalen und terroristischen Handgriffen zerreißen die Nazis die wenigen Zwirnsfäden, die davon noch vorhanden sind.

In der Vorwoche hat der Senat durch eine Verordnung einen neuen verfassungswidrigen Anschlag gegen die Rechte der Volkstagsabgeordneten durchgeführt. In einer von ihm erlassenen Novelle zum Volkstagswahlgesetz wird angeordnet, daß als Verzicht auf das Abgeordneten-Mandat auch anzusehen sei, wenn sich ein Abgeordneter außerstand setze, die Pflichten, die ihm sein Amt insbesondere zur Mitarbeit auferlegt, zu erfüllen. Die angebliche Pflichtverletzung eines Abgeordneten soll festgestellt werden durch den vom Senat eingesetzten Wahlausschuß, der zu zwei Dritteln aus Nationalsozialisten besteht. Diese Verordnung ist bereits in einem Falle, und zwar gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Johannes Kruppke aus Tiegenhof, Kreis Großes Werder, angewandt worden. Durch die neue Verordnung wird den verfassungswidrigen disziplinarischen Maßnahmen gegen oppositionelle Abgeordnete Tür und Tor geöffnet.

Im Falle des sozialdemokratischen Abgeordneten Kruppke hat der Naziterror gewirkt: dies dem Genossen Kruppke aberkanntes Mandat hat sich inzwischen in ein nationalsozialistisches Mandat verwandelt.

Nachdem der Führer der Deutschnationalen, Dr. Blavier, mehr als 3½ Monate im Danziger Polizeigefängnis in Schutzhaft gesessen hat, hat er sich jetzt unter dem Druck der gegen ihn durchgeführten Maßnahmen veranlaßt gesehen, auf sein Abgeordnetenmandat im Danziger Volkstag zu verzichten. Dr. Blavier befindet sich aber nach wie vor in Schutzhaft. Augenscheinlich will man von ihm eine Erklärung erpressen, sich in Zukunft nicht mehr politisch betätigen zu wollen.

Auch in diesem Falle ist das Ziel, den Mandatsnachfolger durch Terror zum Stimmen für die NSDAP zu pressen. Gelingt dies, so fehlt den Nationalsozialisten nur noch eine Stimme an der verfassungsändernden Mehrheit!

Das ist die Taktik, und sie ist nicht neu. Es ist dieselbe Methode, die im Frühjahr 1933 in deutschen Ländern und Gemeinden, zum Beispiel in Braunschweig, geübt worden ist. Diese mit terroristischen Methoden zusammengesobene verfassungsändernde Mehrheit soll es dem Völkerbund ermöglichen, gegenüber dem offenkundigen Rechtsbruch das Gesicht zu wahren.

Der offene Terror

In der letzten Woche hat die Danziger Polizei zu einem Schlag gegen die Zentrums-Partei ausgeholt, gegen die bereits seit einigen Wochen eine besonders heftige Hetzkampagne durch die NSDAP entfacht worden war. Unter dem Vorwand, ein Ersatzblatt für die verbotene »Danziger Volkszeitung«, das Organ der Danziger Katholiken, herausgegeben zu haben, wurde der 1. Vorsitzende der Partei, der Volkstagsabgeordnete und Geistliche Studienrat Dr. Richard Stachnick, von der politischen Polizei verhaftet, ohne daß der Volkstag vorher seine verfassungsmäßig verankerte parlamentarische Immunität aufgehoben hätte. Dr. Stachnick wurde, gemeinsam mit dem Herausgeber des angeblichen Ersatzblattes, »Das kleine Blatt«, Grzenia, einem Angehörigen der polnischen Minderheit, vor ein Schnellgericht gestellt und zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Dr. Stachnick wurde sofort in Haft behalten. Er hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Nachdem nun auch Dr. Stachnick verhaftet worden ist, befinden sich jetzt die Führer sämtlicher drei Oppositionsgruppen in Danzig hinter Gefängnismauern, neben Dr. Stachnick und Dr. Blavier bekanntlich auch der 1. Vorsitzende der politisch aufgelösten Sozialdemokratischen Partei, Abgeordneter Arthur Brill, der wegen der bekannten Waffenbesitz-Legende, die auch zur Begründung der Parteauflösung diente, bereits vor zwei Monaten in Untersuchungshaft genommen worden ist.

Anfang Februar hat die politische Polizei ferner eine große Aktion gegen ehemalige Mitglieder des politisch aufgelösten Arbeiter-Turn- und Sportverbandes der Freien Stadt Danzig durchgeführt. 13 Mitglieder der ehemaligen Ortsgruppe Danzig-Langfuhr dieses Verbandes befinden sich wegen angeblicher Fortführung der verbotenen Organisation seit dem 4. Februar in Polizeihaft.

Am 12. Februar ist nun auch der bisherige 1. Vorsitzende des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes, das sozialdemokratische Mitglied der Stadtbürgerschaft Hermann Thomat, ein Redakteur der verbotenen »Danziger Volksstimme«, von der politischen Polizei verhaftet worden. Gegen die Arbeitersportler soll eine Gerichtsverhandlung durchgeführt werden. Entgegen der sonstigen Übung hat die Polizei sie nicht sofort vor des Schnellgericht gestellt, augenscheinlich weil man die Folgen von Mißhandlungen durch die Beamten der politischen Polizei, denen die Sportler während der Vernehmungen ausgesetzt waren, nicht publik werden lassen will.

Vom System ermordet

Nach amtlichen deutschen Berichten sind in den letzten Tagen drei Hinrichtungen wegen Landesverrats erfolgt. Was heute in Deutschland Landesverrat ist, ist nicht zu übersehen. Es muß angenommen werden, daß es sich um politische Justizmorde handelt.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß der Kommunist Johann Eggert hingerichtet worden ist, weil er sich bis zu seiner Verhaftung für die Komintern betätigt habe. In diesem Falle also wird zugestanden, daß der Kommunist Eggert wegen der Propaganda einer Gesinnung abgeschlachtet worden ist.

Dieser Kommunist hat nichts anderes getan, als was die Agenten des Herrn Bohle — jetzt in amtlicher Eigenschaft — unbehelligt in allen Ländern der Erde tun. Er hat nichts anderes getan, als daß er eine Propaganda getrieben hat, wie sie Herr von Ribbentrop täglich in London treibt.

Der sogenannte »Antibolschewismus« des braunen Systems ist nichts anderes als der blutige Terror gegen jede Freiheitsregung — und der Ermordete hat die gerechte Empörung gegen dies blutbefleckte System mit seinem Tode besiegelt.

Hitler läßt wählen

Die Wahlmaschine gegen die evangelische Opposition.

Das Regime will Wahlen ausschreiben für eine »verfassungsgebende Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche«. Die Reste der alten Kirchenbürokratie haben sich bisher immer noch gegen die Gleichschaltungsabsichten von Hitlers Kirchenminister Kerri gehalten.

Verschärfte Blockade?

Die Schande der einseitigen Nichtintervention

ten — wobei man nicht verkennen darf, daß dieser Widerstand keineswegs auf prinzipiell antifaschistischer Gesinnung beruht. Eine Reihe von kleineren Konflikten hat schließlich dazu geführt, daß der sogenannte Reichskirchenausschuß zurücktrat — das ist der Nachfolger des Reichsbischofs — weil er sich mit Kerri nicht mehr verständigen konnte. Den Anlaß dazu bildete ein Kanzelverbot für sieben Lübecker Pfarrer.

Diese Fehden zwischen bürokratischen Organisationspitzen sollen nun durch allgemeine Kirchenwahlen beendet werden. Das ist das Patentrezept, das Hitler bereits einmal angewandt hat. Nach dem Hinauswurf Hugenburgs aus der Regierung und der Entmachtung der Deutschnationalen wurde durch die allgemeinen Kirchenwahlen vom Juli 1933 die deutschnationale Machtstellung in den evangelischen Landeskirchenverwaltungen gebrochen. Unter dem Druck der SA endeten diese Wahlen mit dem überwältigenden Siege der »Deutschen Christen«. Die alte deutschnationale Reaktion flog aus Pfründen und Machtstellungen heraus, der Weg zu den Pfründen wurde frei für die nationalsozialistischen Revolutionsgewinner.

Das Verhältnis, das sich nach diesem ersten großen Schub herausgebildet hat, ist seitdem einigermaßen stabil geblieben — trotz dem Kleinkrieg, der sich zwischen Pfarrern und Gestapo, zwischen Reichsbischof und Landeskirchen abgespielt hat. Dieser Kleinkrieg hat die Grundlagen des Systems nicht berührt. Kirchliche Opposition ist keineswegs gleichbedeutend mit Opposition gegen Aufrüstung und Krieg. Hitler hat deshalb diese Dinge gehen lassen, sein eigener engerer Kreis zeigt durch den Austritt aus der Kirche, daß ihn diese Fragen nicht interessieren. Da jetzt ein größeres Konflikt unheimlich zu werden droht, wird er mit dem altbewährten Mittel ausgetreten. Denn allgemeine Wahlen im Hitler-system bedeuten Einsatz der Wahlmaschine, und Einsatz der Wahlmaschine bedeutet, daß künftig die totalitäre Regelung der Kirchenfragen den nationalsozialistischen Parteidiensstellen übertragen wird. Damit wird die Religion in den neuen Vierjahresplan einbezogen und bereitgestellt zur Erzeugung der notwendigen Kriegsbegeisterung, Marke Weltkrieg.

Bürokratie und Monopolpartei

Das neue »Deutsche Beamtengesetz«

Mit einem »Deutschen Beamtengesetz« vom 26. Januar 1937, dessen Einzelheiten jetzt hier und da in der gleichgeschalteten Presse kommentiert werden, hat das Regime nunmehr jenes andere und »vorläufige« vom Frühjahr 1933 abgelöst, mit dem Hitler seinerzeit den wütendsten Gesinnungs-terror in allen Ministerien und Präsidien bis hinab zur letzten Zollwächterbaracke praktizierte. Das neue Gesetz tritt allerdings erst ab 1. Juni dieses Jahres bestimmungsgemäß in Kraft, was darauf schließen läßt, welches große Generalrevirement unter den »Festbesoldeten« die Herren noch vorhaben, um mit den neuen Bestimmungen nicht in die Luft zu stoßen.

Im ganzen gesehen erscheint das neue Gesetz als das Gesetz eines Kompromisses zwischen den persönlichen Ansprüchen Hitlers als dem auch von Bürokratie und Armee getragenen »Souverän« und den Erwartungen und Ambitionen seiner Nationalsozialistischen Partei und aller ihrer Würdenträger. Das berühmte-berühmte »Verhältnis zwischen Staat und Partei« in Hitlerdeutschland ist ja das große Sorgenkind seiner Doktrinare und Kronjuristen seit je. Wie es »eigentlich« ist, darauf gibt jeder braune »Rechtswahrer« in den vielen hundert Abhandlungen, die schon zum Thema erschienen sind, eine andere Antwort. Hitler selbst hat durch einander sich förmlich aufhebende rethorische Formeln in seinen »großen« Führerreden den ungeheuren Wirrwarr nur noch vermehrt. Jetzt statuiert das neue Gesetz ausdrücklich »die innere Verbundenheit mit der Partei« als »Voraussetzung für die Ernennung zum Beamten«. Weiter: »Der Beamte hat sich jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzusetzen und sich in seinem gesamten Verhalten von der Tatsache leiten zu lassen, daß die NSDAP in unauflöslicher Verbindung mit dem Volke Trägerin des deutschen Staatsgedankens ist«. Man besichte: nicht des Staates, sondern nur des Staatsgedankens — ein feiner, aber vieldeutiger Unterschied! Immerhin wirkt Heß als des »Führers« Stellvertreter jetzt bei jeder Beamtenernennung durch Erteilen des notwendigen Parteistempels mit, was in einem besonderen Gesetz noch künftig festgelegt werden soll. Alle Beamten sind jetzt gehalten, auch Vorgänge, die nur »den Bestand der NSDAP gefährden«, dienstlich zu verfolgen, auch wenn der Betreffende nur privat zu ihrer Kenntnis gekommen ist.

Ab 20. Februar mitternachts sollen aus den Ländern des Nichtinterventionsabkommens keine Freiwilligen mehr nach Spanien gehen dürfen, ab 6. März soll die spanische Küste international kontrolliert werden.

Wen täuscht dieses Manöver noch? Seit dem Fall von Malaga sind in Cadix und Malaga aufs neue starke Kontingente italienischer Truppen gelandet worden, in einem Falle in Malaga direkt von einem italienischen Kreuzer. Nach den Berichten der Reuter-Agentur hat es sich bis zum 15. Februar um rund 15.000 Mann gehandelt — und diese Versendungen sind noch nicht zu Ende. Wenn die neue Nichtinterventionsmaßnahme nicht die Zurückziehung dieser Truppen vorsieht, so wird sie nur ein einseitiger, bewußter Schlag gegen die spanische Regierung sein. Die bisher bekannt gewordenen Texte aber enthalten über eine solche Zurückziehung der italienischen und deutschen Truppen kein Wort.

Das bedeutet, daß nunmehr, nachdem die Rebellen mit Kriegsmaterial und Truppen zu einem Generalangriff auf Madrid und Valencia hinreichend versorgt sind, die Blockade gegen die sich verzweifelt wehrende Regierung verschärft wird. Die Blockade der demokratischen Länder gegen die demokratische Regierung! Das bedeutet, daß die Entsendung von italienischen und deutschen Truppen bis zu diesem Zeitpunkt gewissermaßen legalisiert wird.

Was immer der Sinn der Nichtinterventionspolitik der französischen Volksfront gewesen sein mag — das kann sie nicht ertragen. Die Wirkung einer solchen Politik mag den Absichten reaktionärer Konservativer in England entsprechen, aber sie ist unvereinbar mit den Grundprinzipien der französischen Volksfrontpolitik. Der Zynismus, mit dem im englischen Unterhaus die italienischen Truppen amtlich als »Freiwillige« bezeichnet werden, mag gut sein für die Deckung der geheimen Absichten jener Engländer, die den Sieg der Regierung verhindern wollen — aber er darf niemals als diplomatische Fiktion von einer Regierung gleich der französischen Volksfrontregierung benutzt werden.

Denn wenn die spanische Regierung — benannt von den Truppen zweier Großmächte, an Händen und Füßen gefesselt durch die einseitige Blockade der demokratischen Mächte — zusammenbrechen sollte, so würden die Wirkungen dieses Schlages nicht auf Spanien begrenzt bleiben. Es würde ein Schlag gegen die gesamte europäische Demokratie sein, der seine Rückwirkungen vor allem auch auf die Entwicklung in Deutschland haben würde!

Worum geht es in Spanien

Von Pietro Nenni.

Vertreter der SAI bei den Internationalen Brigaden.

An der Front vor Madrid, Februar 1937:

Nach sechs Monaten Bürgerkrieg sind die wesentlichen Fragen, um die es in Spanien geht, immer noch die gleichen. Das heißt, daß die politische und soziale Zukunft Spaniens aufs engste gebunden ist, an den Ausgang des Krieges. Nichtsdestoweniger hat sich ein neues Element (von selber, möchte man sagen) in den Vordergrund geschoben: der Kampf für Spaniens Unabhängigkeit.

Wer aus der Partei ausgeschlossen worden ist, kann nicht mehr Beamter sein. In den Ruhestand soll versetzt werden, wer nicht »den vollen Einsatz seiner Person für den nationalsozialistischen Staat« gewährleisten kann. Ruhestandsbeamte, auch Witwen und Waisen verstorbener Beamter, die als nicht zuverlässig im Sinne der Partei angesprochen werden, verlieren mindestens auf Zeit ihre Bezüge ...

Insofern wäre mit allen diesen Bestimmungen ein förmlicher neuer Stachelndraht um den »totalen« Parteiarakter des Dritten Reiches gezogen, wenn nicht folgende Bestimmungen des neuen Gesetzes gerade von der gegenteiligen Konzeption ausgingen: Wenn der Beamte gleichzeitig als Mitglied der NSDAP nicht nur der Gehorsamspflicht gegenüber seinem Dienstvorgesetzten, sondern auch dem zuständigen Parteiführer unterliegt, hat er sich im Konfliktfall ausschließlich an die Weisungen des dienstlichen Vorgesetzten zu halten und macht sich strafbar wenn er »als Nationalsozialist« handeln wür-

In seiner Rede in Valencia hat der Präsident der Republik, Azana, — ein langes Schweigen brechend — mit Kraft und Nachdruck diesen Charakter des Krieges unterstrichen. Von »Invasionskrieg« sprach er und von direktem Angriff auf die Unabhängigkeit Spaniens. Schon vor dem Präsidenten hatten die spanischen Arbeiterparteien, insbesondere die Sozialisten, die Kommunisten und die Vereinigte Jugend, den antinationalen Charakter des Unternehmens Francos hervorgehoben. Heute ist in Spanien jedermann überzeugt, daß der Krieg nicht allein die politische und gesellschaftliche Ordnung Spaniens bedroht, sondern auch seine selbständige Staatlichkeit, den Bestand des Landes als unabhängige Nation.

Manchen hat es mißfallen, daß die nationale Seite des spanischen Krieges mit so viel Nachdruck betont werde; sie haben über die patriotische Abweichung der Revolution und des Bürgerkrieges geseufzt, die nach ihrer Meinung in Gefahr wären, im Burgfrieden unterzugehen. All dies sind kindliche Vorstellungen, Wortradikalismus oder Schlimmeres. Die gegenwärtigen Ereignisse in Spanien bestätigen, daß es für die breiten Massen des Volkes nur ein Mittel gibt, das Vaterland zu verteidigen: das ist der Kampf gegen die Kapitalisten, die Grundbesitzer, die Klerikalen, die Faschisten, die Reaktionäre des eigenen Landes. Mag sein, daß im Kopfe des einen oder des anderen Politikers der Gedanke spukt, Spanien von der Revolution und der sozialen Befreiung abzulenken, indem man alle Anstrengungen gegen den nationalen Feind richtet. Aber dieser nationale Feind ist kein metaphysischer oder abstrakter Begriff; neben Hitler und Mussolini stehen Spanien, hinter Franco stehen bestimmte Klassen, bestimmte Interessen, in bestimmten Parteien und bestimmten gesellschaftlichen Schichten verkörpert. In dem Maße, als die ausländische faschistische Intervention den Bestand eines unabhängigen Spanien selbst bedroht, hat sich die spanische Volksfront erweitert; zugleich und aus den gleichen Gründen ist das Verbrecherische des Unternehmens der spanischen Faschisten den Massen des Volkes klar bewußt geworden; mit dem Ergebnis, daß die Kluft, die das Spanien des Volkes von dem monarchistischen, klerikalen und faschistischen Spanien trennt, nur immer tiefer wurde. So kann man heute wie in den ersten Tagen des Krieges sagen, daß das spanische Volk zugleich seine demokratische und seine soziale Revolution ausführt, wobei die eine wie die andere an den Ausgang des Freiheitskrieges geknüpft ist.

Was zu begreifen schwer fällt, was einzelne Teile der öffentlichen Meinung noch nicht recht begriffen haben, das ist die Unterordnung der demokratischen und der sozialen Revolution unter den Krieg. Daher rührt ein gewisser politischer Dilettantismus, der sich eher darin gefällt, Pläne für die künftige Gesellschaft auszuarbeiten, als er entschlossen ist, alles draanzusetzen, um den Krieg zu gewinnen und so die unerlässliche Voraussetzung der künftigen Gesellschaft zu schaffen. Die Regierung mußte und muß gegen diesen politischen Dilettantismus ankämpfen, der hierzu tief verwurzelt ist in dem eingefleischten Individualismus, in dem Partikularismus der einzelnen Landesteile und Gemeinden, in dem Kirchturmgeist oder auch in einem Radikalismus, der manchmal, ja oftmals den Deckmantel für die faschistische Provokation abgibt. Man kann sagen, daß die wirklichen

Fortschritte des spanischen Volkes gegenüber dem Spanien der Reaktion weit mehr darin zum Ausdruck kommen, was an wirksamen Maßnahmen für die Vereinheitlichung und die Organisation des Heeres und der Wirtschaft durchgeführt wird, als in einzelnen militärischen Ereignissen an dieser oder jener Front.

Heute ist der Einsatz klar und die Karten sind aufgedeckt. Was braucht das Spanien des Volkes, um zu siegen?

Es braucht die strikteste Durchführung der Politik, deren Richtlinien die Regierung entworfen hat; Vereinheitlichung der Armee, Liquidation der Abteilungen, die einer besonderen Fraktionsdisziplin unterstehen, planmäßige Gestaltung der Produktion, Verschärfung der Disziplin von oben bis unten im militärischen wie im zivilen Apparat, Wiederherstellung des Sinns für Verantwortung und Autorität an allen Stellen.

Dies hängt von Spanien ab, von seiner Regierung, von seinem Volk. Dies ist das Spanien des Volkes, seine Regierung, seine Bevölkerung zu tun im Begriff, eine Schwierigkeit nach der andern überwindend, einen Widerstand nach dem andern im Innern beseitigend.

Aber das Spanien des Volkes braucht noch etwas anderes. Wenn es nur mit Franco, mit den Monarchisten und Faschisten zu tun hätte, nur mit dem Spanien der Reaktion, es erfreute sich schon längst der Früchte des Sieges und genösse die Wohltaten des Friedens. Aber es steht im Kampf gegen den internationalen Faschismus, gegen Mussolini und Hitler. Darum muß es verteidigt werden gegen den internationalen Faschismus, gegen die ausländischen Truppen, die die faschistischen Diktatoren nach Spanien entsenden, nicht um spanischen Interessen, sondern um der Politik Mussolinis und Hitlers zu dienen, die die Einkreisung Frankreichs, die Herausforderung der Sowjetunion die Untergrabung des demokratischen Regimes, die Herbeiführung des Krieges will.

Dies aber hängt nicht von Spanien allein ab; dies hängt ab von den europäischen Demokratien, von der sozialistischen Arbeiterbewegung Europas. Man mag die spanische Frage noch so sehr von allen Seiten betrachten, man kommt immer wieder zu der gleichen Schlussfolgerung, die ich für mein Teil an diese Stelle schon vor Wochen und Monaten gezogen habe:

Das Spanien des Volkes hatte gegenüber den Völkern Europa die Pflicht, der faschistischen Drohung entgegenzutreten und mit den Waffen in der Hand seine Freiheit, seine Unabhängigkeit, seine Gegenwart und seine Zukunft zu verteidigen. Das hat es getan, das tut es um den Preis gewaltiger Opfer, unter denen die Verteidigung Madrids unter den schwierigsten Verhältnissen groß und dramatisch hervorleuchtet.

Die Völker Europas hatten gegenüber dem Spanien des Volkes die Pflicht, die Wache an den spanischen Grenzen zu beziehen, um die Einnischung des internationalen Faschismus zu verhindern. Man hat versucht, dies mit Mitteln zu erzielen, die sich in der Vergangenheit als unzulänglich erwiesen haben. Nun sind wir in einen neuen und entscheidenden Abschnitt eingetreten. Diesmal gilt es, Erfolg zu haben — um so mehr, als es zum Erfolg nur eines bedarf: des Willens, und als der Mißerfolg für das demokratische Europa schlimmer wäre als ein Fehler, schlimmer als ein Verbrechen: es wäre der Selbstmord.

amtenapparat — auch wieder so viel praktisch wirksame Distanz zwischen sich und der Partei zu setzen, daß im Falle ihres Versagens und Unterganges immer noch seine eigene Autorität eine gesonderte Rolle spielen könnte.

Das Dritte Märchenreich

»Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters der Hansestadt Köln wird für die von der Märchenstraße gegenüber der Andersenstraße nach Osten abgehende Straße die Bezeichnung »Aschenbrödelweg«, für die von dem Aschenbrödelweg östlich der Märchenstraße nach Süden zur Dornröschenhecke abgehende Straße die Bezeichnung »Däumlingsweg«, für den von dem Däumlingsweg nördlich der Dornröschenhecke nach Osten abgehenden Weg die Bezeichnung »Froschkönigsweg«, und für den ebenfalls vom Däumlingsweg nördlich des Froschkönigsweges nach Osten abgehenden und in eine Platzanlage ausmündenden Weg die Bezeichnung »Heulmännchenplatz« festgesetzt.«

»Westdeutscher Beobachter.«

Klapperbüchsen-Sozialismus im vierten Hitlerwinter

Nach übereinstimmenden Berichten aus dem Reich hat in diesem Winter der Schnorrer-Sozialismus des Hitlerregimes Dimensionen und Formen angenommen, die alles in Schatten stellen, was bisher auf diesem Gebiete von ihm geleistet worden ist. Einer der Antriebe dafür mag die außerordentliche weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Masse sein. Gewiß fungiert jener Schnorrer-Sozialismus als schlechter Ersatz für die vom Dritten Reich zerstörte frühere staatliche und kommunale Sozialfürsorge, deren Fonds und Einkünfte zum größten Teil der Wiederaufrüstung zugeführt wurden. In diesem Winter mußte der Ersatz doppelt und dreifach heran.

Der hitlerdeutsche Bettelsozialismus ist eine völlig neuartige, in das sehr fadenscheinige Mäntelchen der »Freiwilligkeit« gehüllte Form der direkten und indirekten Massenbesteuerung. Der Rummel um die »Volkstümlichkeit«, wie sie sie verstehen, ist eines der Rezipiente moderner Diktaturen. »Normale« Steuern sind nun einmal nicht populär, nicht in der Freiheit und noch weniger in der politischen Verklawung. Der Diktator bedarf gerade hier des Zuckerwassers für »seine« Massen! Jedoch — die Ersetzung des Steuerprinzips durch den Schnorrer-Sozialismus unter der Fiktion der »Freiwilligkeit« hat auch noch den weiteren Vorteil für den Steuereintreiber, daß dem Steuerdelinquenten seine eigentlichen Leistungen nie recht bewußt werden, seine Geduld und Zahlfreudigkeit also wenigstens theoretisch ziemlich unbegrenzt bleiben. Bei den »normalen« Steuern weiß jeder Bürger genau, wie er daran ist und was er zu zahlen hat. Im Tributsystem des »Winterhilfswerkes« weiß er das nie! Gerade die »normalen« Steuern hat nun das Hitlerregime im Interesse der unbekümmerten Fortführung seiner Kriegsvorbereitungen in aller letzter Zeit erst rigoros anziehen müssen. Daß es dabei um den »durch die Wehrfreiheit bedingten riesigen Finanzbedarf des Reiches« geht, sagte Hitlers Finanz-Staatssekretär Reinhardt bei dem Presseempfang bei Einführung der Dezerberggesetz über »die Reform der Realsteuern« frei heraus. Was konnte näher liegen, als gerade an diesem Zeitpunkt von der »anderen Form der Massenbesteuerung, der getarnten im Klapperbüchsensozialismus, um so rücksichtsloser Gebrauch zu machen?! Hier fehlen alle zuverlässigen Angaben über ihr Aufkommen, für die man mindestens vor »Pressevertretern« die Verantwortung übernehmen müßte! Hier ist das Verschleiben gewaltiger Summen zu dunkelsten Zwecken am leichtesten möglich! Hier gibt es die unberechenbaren Tantiemen für die am System interessierten Steuerprofiteure aller möglichen Art und Uniform! Bei diesem System fällt immer noch etwas ab für die politische Reklame und ahnungslose Engel von Ausländern à la Lloyd George oder Sven Hedin lassen sich von Göbbels wieder ein Stück »deutschen Sozialismus« und verwirklichter »Volksgemeinschaft« verschwindeln.

Zahlen der »Freiwilligkeit«

Wie es um die »Freiwilligkeit« und um den »sozialistischen« Charakter des in diesem Winter besonders laut daher dröhnenden »Winterhilfswerkes« des Dritten Reiches bestellt ist, mögen jene Zahlen beweisen, die jetzt amtlich von dem »Reichsleiter« Hilgenfeldt gelegentlich einer Amtswalterparade der Monstreorganisation in Berlin bekanntgegeben wurden. Träger des gesamten Schnorrer-Sozialismus, von dem das »Winterhilfswerk« nur eine, wenn auch die sichtbarste Lebensäußerung darstellt, ist die »NS-Volkswohlfahrt«; und diese ist wiederum eine der vielen unmittelbaren Filialen der regierenden NSDAP. Aber hatte die NSDAP bis vor kurzem eine rigoros gehandhabte Mitgliedersperre, damit der Kreis der Nutznießer des »Aufbruchs der Nation« nicht allzu sehr zuungunsten der »alten Kämpfer« an der Krippe sich erweitert, — bei der »NS-Volkswohlfahrt« ist der Wohltätigkeit und dem Betätigungsdrang wirklich keine Schranke gesetzt! Hier weiß man nichts von Parteisperrziffern; jeder Streber wird aufgenommen, aber auch Eingeschüchterte und Vergewaltigte werden in Massen hineingezwungen. Der Verein »NS-Volkswohlfahrt« verfügte am Ende des ersten Vierteljahres der Hitlerschen Machtergreifung über genau 350.506 Mitglieder. Jetzt hat er — gerechnet wurde von dem Gewährsmann Hilgenfeldt bis zum Stichtag des 30. September 1936 — genau 5.597.654 Mitglieder, also nicht mehr und nicht weniger als das Siebzehnfache! Dazu kamen aber an dem

genannten Tage noch die bis dahin unerledigten Aufnahmeerklärungen. Summa summarum des Bestandes: 6.028.506 »freiwillige« Mitglieder!

Auch der Gutgläubigste wird zugestehen, daß hier ein Wunder vorliegen müßte, wenn sich diese sechs Millionen alle so »freiwillig« zur Kasse drängten. Es handelt sich hier um einen ähnlichen Regiefehler des Systems, wie er schon bei den verschiedenen »Volksgemeinschaften« im Rausch der Ziffer gemacht wurde: ein Weniger an klobigen Renommierzahlen wäre fundierter und darum besser! Denn wenn wirklich sechs Millionen erwachsener Deutscher als aktive »Helfer« in das System der »Winterhilfe« und der »NS-Volkswohlfahrt« einbezogen sind, wenn wirklich 33,35 Prozent aller deutschen Haushalte, also ein Drittel (gegen nur 1,8 Prozent noch im Jahre 1933) »erfaßt« sind — warum, wenn schon diese Allgemeingültigkeit wenigstens für alle, die noch halbwegs zahlen können, erreicht ist, bleibt man bei der Fiktion der »Freiwilligkeit« und damit vor allem auch bei der Parteigebundenheit des organisatorischen Monstrums? Hier wäre doch das dankbarste Objekt für eine allgemeine und gesetzliche steuerliche Einrichtung gegeben, die noch dazu den Vorzug hätte, daß das deutsche Volk ganz aus eigenem Willensentschluß sich gewissermaßen zu ihr bekannt hätte? Aber das ist ja eben der Punkt, wo gerade die dicken Zahlen das Verriäterische durchblicken lassen. Würde nämlich die »Winterhilfe« wirklich verstaatlicht, wäre es mit einem Schlage aus mit dem besonderen Interesse der Nutznießer des Massentributs an der Winterhilfe. Das ganze ginge dann aus der Verfügungsgewalt des Nazibonzen in die Kontrolle des Bürokraten über! Deshalb belästigt man es bei der eingeführten, den wahrhaften Staatsinteressen direkt entgegen gesetzten Methode, wohl wissend, daß der Parteizwang zur »freiwilligen Wohltätigkeit« an Wirksamkeit in Nichts hinter den Möglichkeiten des behördlichen Steuerexekutoren zurücksteht. Man belästigt es dabei, obwohl mittlerweile die Zahlen dieses »Spenden-Drills« die hohe Fiktion und ganze Lüge der Einrichtung in höchst drastischer Weise dartun!

Aber auch insofern ist der Massen-Spenden-Tribut — vom Standpunkt des nationalsozialistischen Parteiinteresses — weit »bessere«, als irgend eine Form normaler Besteuerung, weil sich ja der Abgabenzwang nicht nur auf die Einzelleistung der Mitgliedschaft im »Verein« beschränkt. Immerhin ist diese, wenn auch grotesk graduert, doch auch einigermaßen fixiert; die Mitgliedschaft selbst und mit ihr die öffentliche Flüstermeinung kann sich wenigstens ungefähr berechnen, was an regelmäßigen Organisationsleistungen, mindestens örtlich, aufkommen mag. Dagegen fließen die Ergebnisse des permanenten Straßensammelbetriebs in ein Faß ohne Boden. Gerade dieser Betrieb ist in besonderem Maße an die Fiktion der »Freiwilligkeit« gebunden. Das in eine staatliche Zwangsabgabe umgewandelte System müßte auf ihn völlig verzichten. Seine besondere Ergiebigkeit aber für die Alimentierung der regierenden Partei ist begründet in der besonderen Kontrolllosigkeit seiner »Ergebnisse«. So ist gerade dieser Sammelrummel, von dem manche Gutmütige in den Anfängen der »Machtergreifung« dachten, er wäre nur der unvermeidliche Ausfluß des ersten Revolutionstaumels, bis in die letzte Zeit hinein im Gegenteil systematisch erweitert, durchorganisiert, mit Monopolprivilegien für die Diktaturpartei ausgestattet worden. Das »Durchkämmen« war gerade in diesem Krisenwinter besonders toll. Heuer hat es schon allein fast ein Dutzend »Eintopfsonntage« gegeben! Die jeweilige Spendersumme, die genannt wurde, ohne daß auch nur die geringste Kontrolle der als Aufbringer Beteiligten sie bestätigen könnte, war z. B. bei dem vom 11. Oktober vorigen Jahres 5.554.564 Mark, bei dem vom 8. November 5.503.000 Mark. Daneben hat es allein bis Weihnachten schon drei »Reichsstrassensammlungen« gegeben; auch sie »brachten« nach den amtlich-unkontrollierbaren Ziffern je drei bis vier Millionen Mark ein. Gibt es offizielle Gelegenheiten, wie vor vier Wochen etwa den »Tag der Polizei«, ist es selbstverständlich, daß auch bei diesen Festgelegenheiten allenthalben die Sammelbüchsen klappern. Gewaltige Summen kommen so »blind« auf. Gewiß — davon werden »auch« die Hilfsbedürftigen betreut, vorausgesetzt, daß der zuständige Parteibonze sie für würdig erklärt. Wesentlich ist: die Gelder sind ganz und ausschließlich in der Verfügungsgewalt

des »Reichsschatzmeisters« der Partei; sie fließen an jeder Kasse, die zur halbwegs geordneten und kontrollierbaren Rechnungslegung verpflichtet ist, spurlos vorbei.

Plakettenindustrie und Plakettendichtung

Mögen bei anderen Völkern Briefmarken und alte Münzen gesammelt werden: der gute Deutsche sammelt freiwillig und noch mehr unfreiwillig seit Hitlers »Machtübernahme« — Plaketten! Kein Scherz! Die auf den ersten Blick komisch wirkende Angelegenheit hat ihren zynischen Hintergrund! Denn diese beim »Spenden-Rummel« verausgabte Plakette ist ja die zielsichere Waffe des Terrors, der entscherte Revolver der »Volksgemeinschafts-Bonzen! Entweder man erwirbt eine Plakette am Sammeltag oder man ist mindestens zu vierundzwanzig Stunden oder noch längerem Hausarrest verurteilt. Die Plakette wirkt umgekehrt wie die Sträflingskleidung; sie scheidet Bock und Schaf, »Staatsfeinde« und »Reichsbürger«, die es sind oder noch werden wollen. Daß der Knopflochschmuck noch außerdem dem Hang der preußisch-arianischen Seele zur Militarisation und Uniformierung alles Seienden, volkpsychologisch geschaut, schmeichelt — das nur nebenbei!

Seit Jahren appellieren die amtlichen Anpreisungen dieses Plakettensystems — nach zwei von uns aus der allerjüngsten Zeit ausgewählten Kostproben — folgendermaßen an die Tränendrüsen der Hitlerschen »Volksgemeinschaft«:

»Das Winterhilfswerk hilft den Eifelbauern, indem es ihnen die Möglichkeit gibt, zusätzliches Einkommen zu erwerben. Zu diesem Zweck hat es einen Auftrag von 6 Millionen Holzabzeichen in diese Gegend vergeben. 810 Volksgenossen haben dadurch Arbeit und Brot gefunden und insgesamt 200.000 Reichsmark verdient.«

Oder:

»Die Ansteckabzeichen kommen aus Kunstgießereien. Ihre kunstvolle Ausführung weist auf die künstlerischen Möglichkeiten des Eisengießverfahrens. Das Winterhilfswerk gab einen Auftrag von 6 Millionen Abzeichen nach Oberschlesien. Es half dadurch einem schwer ringenden Industriezweig. Die Kunstgießerei der Preußischen Bergwerks- und Hütten-AG, in der die Abzeichen hergestellt wurden, war durch den Auftrag vollauf beschäftigt und konnte darüber hinaus noch 70 Arbeiter einstellen. Sieben Monate dauerte die Herstellung dieser Abzeichen.«

Das bewegt sich auf demselben Niveau sozialpolitischer Erkenntnis, wie die Stammtischweisheit von früher. Ja, wenn wir wenigstens unser glorreiches Militär wieder hätten, gäbe es auch wieder Uniformschneider!

Mit der Generalstabkarte für Mildtätigkeit

Einen beinahe belustigenden Beitrag zur »Freiwilligkeit« des Spenden-Sozialismus lieferte jüngst die »Frankfurter Zeitung« (vom 27. Januar 1937) in einem Bericht aus Mitteldeutschland, wobei hinzugefügt werden muß, daß es so und nur mit geringen Varianten eben, auch überall anderswo zugeht:

»Auf einer im Reichstatthalterpalais aufgestellten großen Karte sollen für sämtliche Häuser der Stadt Zeichen aufgeklebt werden. Das Aufkleben erfolgt, sobald der erste Hausbewohner eine Spende für das Winterhilfswerk einbringt. Wenn auch der letzte Mieter eines Hauses seine Spende beigebracht hat, wird dieses Haus mit einer Fahne gekennzeichnet.«

Man sieht: die Kriegstechnik bewährt sich auch bei der Wohltätigkeit. Wehe den Häusern, die der Herr Reichstatthalter nicht mit einem Fähnchen schmücken kann!

Das »Ernährungshilfswerk« des Schnorrer-Sozialismus

Ueber das »Ernährungshilfswerk« im Zusammenhang mit dem Hitler-Göring'schen Vierjahresplan, das den Spendenzwang in jedem einzelnen deutschen Haushalt in nächster Zukunft noch steigern dürfte und das jede einzelne deutsche Kartoffelkiste und jeden deutschen Küchenherd unter Dauerbeschmüffelung zu stellen verpflichtet, hat kürzlich der »Reichsleiter« der NS-Volkswohlfahrt Hilgenfeldt auf einer Berliner Konferenz folgende Angaben gemacht:

»Mannigfache Vorkehrungen sind für die Erfassung notwendig. In allen Häusern müssen Sammelmeister aufgestellt werden, die die Küchenabfälle aufnehmen, schützen und Verderb verhüten. Die rechtzeitige Abholung verhindert weitere Verluste. Sie erfolgt im Sommer am besten täglich (!), während im Winter eine zwei- bis dreimalige Abholung in der Woche genügt. Die Hausfrauen sollen sich auf die neue Einrichtung der Sammelmeister dadurch einstellen, daß sie selbst für ihre Haushaltungen einen besonderen Elmer für Abfälle bestimmen. Wie der Mülleimer, so muß auch der Abfalleimer zu einer ständigen Einrichtung in

der Küche werden. Die gesammelten Abfallmengen kommen Schweinemästereien zugute, die am Rande der Städte entstehen (?) sollen. Auch an die Errichtung von Silos ist dabei gedacht...«

Diese Abfallleimer-Parole für jeden deutschen Haushalt gehört ebenso zur inneren Kriegsvorbereitung wie alles andere. Der Schnorrer-Sozialismus ist ein ganzer Rattenschwanz des Drucks und Zwangs und des Terrors, teils im Interesse des künftigen Krieges, teils im Interesse und zur direkten Alimentierung der NSDAP. F. E. Roth.

»Führerrede« durch Wurst und Semmel!

Massenfucht vor den Lügen Adolf Hitlers!

Aus Gleiwitz wird uns geschrieben: Mehrere Tage vor der »Vierjahresrechtfertigung« Adolf Hitlers mußten mit allen Mitteln das Winterhilfswerk eingesetzt werden, um die Bevölkerung für den Gemeinschaftsempfang der Rede zum 30. Januar vorzubereiten. In einzelnen Betrieben, besonders auf den Zechen, fehlte es nicht an Drohungen mit Entlassungen, für Fernbleiben vom Gemeinschaftsempfang. Aber die Kumpels wußten sich zu helfen, sie wollten ohne Essen nicht auf der Zeche bleiben. Die Betriebsleitung hatte daher angeordnet, daß alle Bergleute, die zum Empfang blieben, Wurst und Semmel erhielten. Hitlers Süße über die »nationalsozialistische Revolution« erweckten Heiterkeitsausbrüche und es fehlte nicht an boshaften Bemerkungen über Fett und Butter! Nach uns vorliegenden Berichten, war dieser Vorgang nicht vereinzelt, sondern erstreckte sich auf die Mehrheit der Gruben im ober-schlesischen Industriegebiet. Wo die Tore nicht von der SA abgesperrt waren, suchten die Arbeiter durch die Kohlenbalden zu flüchten, um sich den »Mist« nicht anhören zu müssen. Da die zweite Schicht erst gegen 5 Uhr eingefahren ist, konnte man feststellen, daß die meisten Bergleute sich erst gegen 4 Uhr auf den Zechenplatz zeigten, um sich die Rede des Führers nicht anhören zu müssen. Zwar waren sie verpflichtet, schon um 1 Uhr anwesend zu sein, aber jeder hatte eine andere Entschuldigung. Auf Fiedlers Glück bei Beuthen, kamen die Arbeiter überhaupt erst kurz vor 5 Uhr auf die Zeche und erklärten, schon früher genug von Versprechungen sich angehört zu haben. Fiedlers Glück gilt von jeher als eine nationalsozialistische Feste und die Getreuen haben diesmal schon genug.

Ohne Wurst und Semmel hätte man jedenfalls den Gemeinschaftsempfang auf den Grubenanlagen überhaupt nicht durchführen können.

Das »glückliche« Deutschland

Der Schnapsverbrauch ist in den vier Jahren der Hitlerdiktatur stark gestiegen. 1931/32 betrug er im Deutschen Reich 400.000 Hektoliter oder auf den Kopf der Bevölkerung berechnet 0,61 Liter. 1935/36 hatte er die Höhe von 653.000 Hektoliter oder pro Kopf 1 Liter erreicht, demnach beträgt die Steigerung 65 Prozent! Zu dieser Kulturschande, die freilich das Dritte Reich würdig ist, wird in dem Jahresbericht des gleichgeschalteten Deutschen Guttemplerordens bemerkt: »... Wenn die Amtswalter der NSV auf dem Gebiete der Trunksuchtbekämpfung so weit geschult wären, daß sie die Frühfälle erkennen könnten, so wäre man imstande hier früher helfend einzugreifen als bisher. Aber diese Entwicklungslinie ist erst in wenigen Orten erkennbar.«

Die Zahl der Berufsunfälle hat infolge des überhasteten Arbeitstempos in Deutschland in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Bei sämtlichen deutschen Berufsgenossenschaften sind in den nächstehenden Jahren diese Berufsunfälle gemeldet worden:

1932	820.309
1933	922.450
1934	1173.544
1935	1374.825

Im Jahre 1936 hat nach den bisher bekanntgegebenen Monatsergebnissen eine weitere erhebliche Steigerung der Berufsunfälle stattgefunden.

Eine Untersuchung der Besucherzahlen und der Benutzung der deutschen Universitätsbibliotheken hat ergeben, daß die Studenten im Dritten Reich bedeutend weniger wissens- und lernbegierig sind als früher. Wurden im Jahre 1932 16 Universitätsbibliotheken von 37.000 Studenten besucht, so drei Jahre später nur noch 23.000! — Aber wozu sollen die Studenten auch, wenn sie sehen, daß zur Erlangung der höchsten Posten im Dritten Reich Wissen und Bildung nur hinderlich sind, daß es nur auf die Schnauze, sturen Haß gegen den Marxismus und auf die Verhimmelung des »Führers« ankommt, sich um die Wissenschaften kümmern?

Die Vorbereitung des totalen Krieges

Kürzlich hat Oberst Thomas in der Berliner Weltwirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag über Aufgaben der Weltwirtschaft gehalten. Dieser Thomas ist ein sehr wichtiger Mann des Regimes. Er ist Leiter des Wehrwirtschaftsstabes im Reichskriegsministerium und hat auf die Organisation und Zielsetzung der deutschen Wirtschaft als der maßgebende Mann des Kriegsministeriums einen sehr großen Einfluß. Man kann nur wünschen, daß dieser Vortrag im Ausland die nötige Beachtung findet, denn er ist geeignet, dem optimistischen Kretinismus, mit dem das Ausland so lange Hitlers Kriegsvorbereitungen betrachtet hat, ein Ende zu machen.

Für den Vortrag ist zunächst charakteristisch der Geist dieses Exponenten der Generalität und der Diktatur. Für ihn ist das Kommen des Krieges gar kein Problem, sondern eine Selbstverständlichkeit, die aus den »wirtschaftlichen Spannungen, die zur Zeit auf der Welt lasten«, mit Notwendigkeit folgt. Und um jeden Zweifel auszuschließen, daß der nächste Krieg der von der Hitler-Diktatur entzündete »Deutsche Krieg« sein wird, wird das alte deutsch-imperialistische Credo wieder einmal vorgebetet. Ursache des Krieges, sagt der Oberst, und meint damit die Ursache der Kriegsvorbereitung Hitlers, ist »die wirtschaftliche Not des Volkes, der Kampf um den Lebensraum, das Ringen um die Existenz im Großen«. »Wenn wir, von diesem Gedanken ausgehend, unsere heutige Lage betrachten, so können wir unumstritten (!) feststellen, daß sich das deutsche Volk in einer solchen Notlage befindet!«

Man sieht, das ist verdammt klar; der Krieg ist für Deutschland eine zwingende Notwendigkeit, darüber bedarf es keiner Diskussion. Am wenigsten mit denen, die die nun wirklich unbestreitbare Tatsache anführen wollten, daß diese Notlage das eigentliche Werk der Diktatur ist. Denn es ist die alles Maß übersteigende Aufrüstung des wirklich von niemandem bedrohten Deutschlands, die die Devisen-, Rohstoff- und Nahrungsmittelschwierigkeiten erst über das deutsche Volk verhängt hat. Die Kriegsvorbereitung hat die »Not« geschaffen, die jetzt ein neuer Krieg beheben muß. Und wer daran zweifelt, wer der Meinung sein sollte, daß der Krieg erst recht entsetzliches, unvorstellbares Elend über Deutschland und die Welt heraufzuführen wird, mit dem wird nicht diskutiert, der wandert ins Konzentrationslager.

Denn das Elend des Krieges berührt den Herrn Obersten nicht, dem die Not im Frieden so unerträglich erscheint. Darauf muß man das Volk vorbereiten und dankbar erkennen der Vertreter der Generalität die »geistige Umstellung an, die der Nationalsozialismus für das deutsche Volk gebracht« hat. Er hat dafür gesorgt, daß alle Kräfte der Nation schon jetzt in den Dienst des künftigen Krieges gestellt werden. Es wird der totale Krieg sein und er wird anders aussehen als die bisherigen.

»Wir wollen uns klar darüber sein, daß er in der Heimat mit derselben Schärfe und Rücksichtslosigkeit geführt werden wird wie an der Front. Nicht Heere und Flotten werden kämpfen, sondern Völker werden um ihr Sein oder Nichtsein ringen. Die Wirtschaft und mit ihr der ganze Menschenapparat der Heimat wird zu einem Organ der Kriegsführung wie irgendeiner der Wehrmachtteile, und jede Organisation der Heimat, mag sie herkommen, wo sie will, wird nur einen Zweck haben, den Dienst am Volk zur Erreichung des Sieges. Und gerade für die Wirtschaft wird diese totale Kriegsführung etwas grundlegend anderes bedeuten als ihre Einstellung selbst zum letzten großen Kriege, der doch immerhin schon die enge Verbindung von militärischer Kriegsführung und Wirtschaftskrieg an den Tag gelegt hat.«

Es darf nicht wieder vorkommen, daß Munitions- oder Lebensmittelmangel die Kriegsführung hindern wie im letzten Krieg, der »sich kann es offen aussprechen, bereits verloren war als wir in dem Kohlrübenwinter 1916/17 hineingingen« — eine blühende Widerlegung übrigen der Dolchstoßlegende, die festgehalten zu werden verdient. Und um dem vorzubeugen, wird heute von der Diktatur, die die Militärs deshalb so hoch schätzen, die Wirtschaft auf die Bedürfnisse des kommenden totalen Krieges umgestellt. Denn wie für Clausewitz der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln war, so ist für den Herrn Oberst

die Kriegswirtschaft nur die Fortsetzung der Wehrwirtschaft, die in Deutschland an die Stelle der einstigen liberalistisch-marxistischen Friedenswirtschaft getreten ist.

»Diese Wehrwirtschaft ist die geistige Umstellung unseres ganzen wirtschaftlichen Denkens und Handelns auf den Gedanken: Wie kann ich meine ganze Arbeit gestalten, um meinem Vaterlande im Interesse seiner Sicherheit am besten zu dienen und seine wehrwirtschaftliche Kraft zu stärken? Wehrwirtschaft ist also kein Wirtschaftssystem und keine Organisation, sondern die richtungweisende Bezeichnung für die wirtschaftliche Tätigkeit aller Staatsbürger.

Die Wirtschaft, die der großen vaterländischen Aufgabe der Wehrfreiheit zu dienen hat, muß eine vom Staate gesteuerte Wirtschaft sein. Der Wehrfreiheit dient die Raumplanung, denn der »deutsche Raum ist so knapp, daß jedes Stück verwendet werden muß, wie es für die deutsche Wehrkraft am besten ist«. Ihr dient der »Arbeitseinsatz«, das heißt die Verwandlung der vermittelten Arbeitskräfte in Evidenz gehaltenen deutschen Arbeiter in Kriegsdienstarbeiter, die einheitlich nach den Gesichtspunkten der Weltwirtschaft zu lenken sind. Denn »die Regelung des Arbeitseinsatzes ist nicht nur

eine Folge des Facharbeitermangels, sondern sie wird eine Dauererscheinung bleiben als Teil der wehrwirtschaftlichen Staatsführung.

Am zufriedensten ist der Herr Oberst aber mit der Geldwirtschaft der Diktatur, die »die Wehrmacht dankbar anerkennt«. »All die großen Finanzierungswünsche für den Wiederaufbau unserer neuen Wehrmacht sind dank des Entgegenkommens des Reichsbankpräsidenten und des Finanzministers erfüllt worden und sind für den Soldaten nicht zum Sorgenkind geworden wie oft in der Geschichte.« Und das, denkt der Soldat, ist eben die einzige Aufgabe der Geldzivilisten, solange bis wir fertig sind für den totalen Krieg.

Aber werden sie »fertig«, das heißt, den anderen überlegen werden? Die deutschen Anstrengungen übersteigen, das muß zugegeben werden, alles, was man sich bisher als möglich vorgestellt hatte. Der Londoner »Banker«, das angesehene Fachblatt der englischen Bankwelt, bringt in seiner Februarnummer eine kritische Uebersicht über die vier Jahre nationalsozialistischer Wirtschaft. Wir wollen aus dieser sehr sorgsam Darstellung, auf die wir noch zurückkommen werden, die Zahlen über die Entwicklung des deutschen Reichsetats wiedergeben:

Jahr	Ausgaben in Millionen Reichsmark	Rüstungsausgaben
1932/33	8.700	—
1933/34	9.700	3.000
1934/35	12.200	5.500
1935/36	16.700	10.000
1936/37	ca. 18.800	12.600

Darnach haben die gesamten Rüstungsausgaben die gewaltige Summe von rund 31 Milliarden RM betragen. Das ist sicher ungeheuer viel, aber ist es genug? Eben kündigt der englische Schatzkanzler die Ausgabe von Rüstungsanleihen im Betrage von 400 Millionen Pfund innerhalb der nächsten fünf Jahre an. Gleichzeitig wird bekannt, daß die gesamten Wehrausgaben Englands (ohne die der Dominions) für diese Zeit 1200 Millionen Pfund (etwa 15½ Milliarden RM, der Kaufkraft nach aber noch mehr) betragen werden. Und England hat gesunde Finanzen, eine blühende, gesunde Wirtschaft und den höchsten Kredit der Welt. Und England beginnt erst sein Abwehrrüstungen, und wie England rüsten die anderen Staaten gegen den deutschen Angriff. Die Aussichten der deutschen Diktatur, »fertig zu werden«, scheinen sich nicht zu bessern. Sie wird versuchen, angesichts der Abwehr der andern das eigene Rüstungstempo noch zu steigern, ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit. Aber kann das zu etwas anderem führen als zum Zusammenbruch oder zum Hasardspiel der Entfesselung des totalen Krieges? Es ist ein wahnwitziges Spiel, das das deutsche Volk mit sich spielen läßt. Dr. Richard Kern.

Die »tragische Diskrepanz«

Löhne und Unternehmergewinne

Die Zeitschrift: »Die Deutsche Volkswirtschaft, Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst« hat die schwierige Aufgabe, zu begründen, wie sich das amtliche Verbot von Lohnerhöhungen mit der riesigen Gewinnsteigerung der Unternehmer vereinbaren lassen. Dabei ergeben sich mancherlei Widersprüche. »Das eiserne Gesetz«, so heißt es im 1. Februar-Heft 1937 dieser parteiamtlichen Zeitschrift, »das der Industrie aufgezwungen werden muß, heißt: keinerlei versteckte Gewinne, keinerlei übermäßige gewinnverschleiende Abschreibung, bescheidene Gewinnausschüttung.« Vorläufig ist aber dieses eiserne Gesetz noch nicht in Kraft und die Unternehmer noch reichlich unbescheiden. Denn »leider ist festzustellen, daß mancherorts bei verantwortungslosen Unternehmern eine gänzlich unnationalsozialistische Raffgier sich bemerkbar macht. Hierin liegt eine soziale Gefahr.« Da muß man staunen. Wie ist es denn möglich, daß im totalen Staat soziale Gefahren auftauchen? Mit den Lohnerhöhungen zugleich sind Preiserhöhungen verboten. Auf einem großen Lehrgang, den die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP jüngst in der Hauptstadt der Bewegung vor 1400 Parteigenossen veranstaltet hatte, nannte Bernhard Köhler den Vierjahresplan den »Befehl an die Wirtschaft, nach dem sie sich vier Jahre zu richten habe«. Der Wirtschaft wird kommandiert und sie hat zu gehorchen. Man sollte meinen, daß es da keine Gelegenheit zur Betätigung von Raffgier gibt. Köhler wollte aber wohl nicht den gegenwärtigen Zustand des deutschen Sozialismus schildern, sondern ein Programm für eine ferne Zukunft entwerfen.

»Wenn«, meint der nationalsozialistische Wirtschaftsdienst, »die Tariflöhne seit 1933 nur um 0,01 Prozent angestiegen sind, wenn uns die Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr im Augenblick nicht gestattet, die Tariflöhne der breiten arbeitenden Millionenbevölkerung zu erhöhen, so kann man sich darauf verlassen, daß die Reichsregierung eine Einkommens- und Gewinninflation der oberen Einkommensklassen (sie äußert sich in Ueberliquidität) mit den energischsten Maßnahmen entgegentreten wird... Es ist auch der Wunsch der Reichsregierung, daß in Zukunft einmal die Einkommen bis 800 oder 1000 RM monatlich weniger hoch steuerlich belastet werden, als das heute der Fall sein muß... — aber es geht eben heute noch nicht.«

Eine Lohnerhöhung um ein hundertstel Prozent in vier Jahren ist allerdings nicht gerade viel. Das macht bei einem Jahreslohn von 2000 Mark 20 Pfennig pro Jahr; wieviel pro Woche oder gar pro Tag — soviel Nullen gibt es gar nicht, um das auszudrücken. Da müssen die Arbeiter mangels konzilianterer Nahrung mit Versprechungen vorliebnehmen. Daß es eben heute noch nicht geht, nennt der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« eine »tragische Diskrepanz«, deren man sich völlig bewußt sein müsse, um zu erkennen, wie dringend notwendig das Gelingen der Maßnahmen der innerdeutschen Rohstoffbeschaffung geworden ist. Der hier

erläuterte Zusammenhang lehre sehr deutlich, daß der Vierjahresplan mindestens ebenso so sehr sozialpolitische wie wehrwirtschaftliche Bedeutung habe. So ist es. Nur ist diese Bedeutung sozialpolitisch negativ und nur wehrwirtschaftlich positiv. Die tragische Diskrepanz besteht darin, daß die Sozialpolitik durch die Wehrwirtschaft aufgehoben wird, weil, wenn die einen bei »der innerdeutschen Rohstoffbeschaffung« ihrer Raffgier frönen können, die anderen deren Opfer werden müssen.

Der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« führt ein Beispiel aus der Maschinenindustrie dafür an, »wie die betrieblichen Veränderungen kosten- und ertragsmäßig sich auswirken«. Das Beispiel ist die Frankfurter Maschinenbau A.-G., vormals Pokorny & Wittkind, von der es heißt, es handle sich »durchaus nicht um ein Unternehmen, das durch Umatände besonders günstig beeinflußt worden ist«. Aus den Ziffern ihrer Bilanz ergibt sich folgendes Bild ihrer Entwicklung in zwei Jahren: Drittes Reich:

	1933	1934	1935
Umsatz	100%	220%	300%
Gefolgschaft	291	402	530
Abschreibungen auf Anlagen (1000 RM)	105	258	286
Reingewinn (1000 RM)	0	131	124
Durchschnittliche Arbeitszeit je Woche	40	46	45
Durchschnittsverdienst	0,90	0,91	0,98
Durchschnittsgehalt (in RM)	6176	6855	7622

Es ist also gestiegen der Umsatz um 200 Prozent, die Abschreibungen um fast 200 Prozent, der Reingewinn von 0 auf 124.000, der bilanzmäßige Ueberschuß, d. h. Abschreibungen und Reingewinn insgesamt um mehr als 300 Prozent, das Durchschnittsverdienst der Arbeiter um 9 Prozent und zugleich ihre Arbeitszeit um 20 Prozent, das Durchschnittsgehalt, worin aber die Gehälter der leitenden Beamten offenbar eingerechnet sind, um nicht ganz 20 Prozent. Wenn die sichtbaren Gewinne, von den versteckten ganz zu schweigen, im Verhältnis doppelt so hoch gestiegen sind wie der Umsatz, so kommt das daher, daß noch mehr als die Mehrproduktion die Mehrerausbeutung zugenommen hat. Der Anteil der Löhne am Gesamtwert der Produktion ist stärker gefallen, als die Erzeugung gestiegen ist.

Die Verkaufspreise der Unternehmer lassen sich eben nicht mit dem gleichen Erfolg Stillgestanden kommandieren wie die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten. Es gibt zwar einen Reichskommissar für die Preisbildung, den der Führer beauftragt hat, »die volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preise und Entgelte« zu sichern. Welche Preise sind aber gerechtfertigt? Die vor dem 17. Oktober 1936 vereinbarten. Sie dürfen nicht erhöht werden, sollen also als Höchstpreise gelten. Da gibt es aber reichliche Möglichkeiten, diese Höchstpreise zu umgehen und dem Preiskommissar ein Schnippchen zu schlagen. »Der deutsche Volkswirt« äußert sich darüber mit solcher Offenheit, daß man

fast auf die Vermutung kommt, er wolle den Unternehmern zeigen, wie sie es machen sollen. Er schreibt:

»Und es entsteht die Gefahr, daß Versuche unternommen werden, durch Wandlung des Abnehmerkreises oder auf andere Art der formalen Bestimmung zu genügen, dem Sinn der Preisbildungspolitik aber Gewalt anzutun. Die Gefahr ist besonders groß, wenn nach der Marktlage weniger der Käufer als die Ware gesucht ist. Ein Kunde, mit dem vor dem 17. Oktober noch keine Geschäftsverbindung bestand, kann sich auf seinen früheren Einkaufspreis nicht berufen; und die damaligen Verkaufspreise seines neuen Lieferanten gegenüber anderen Abnehmern nachzuweisen, wird ihm schwer fallen, solange er die Offenlegung der Bücher nicht erzwingen kann. Man hat auch die Tendenz bemerkt, Rabatte, die gegenüber bestimmten Abnehmergruppen gewährt wurden, dadurch einzusparen, daß man die Geschäfte auf einen anderen Kundenkreis verlagert. Oder es werden »neue« Artikel geliefert, die sich qualitativ kaum von früheren unterscheiden, wohl aber den unbequemen Individualpreis vom vorigen Oktober nicht kennen.«

Da außerdem die Preisverordnung »überall Ausnahmen, also Preiserhöhungen, zuläßt, wenn die wirtschaftliche Kalkulation, die Existenzsicherheit des Betriebes das verlangt«, sind die Ausnahmen, die das Regime den Unternehmern bewilligt oder die Unternehmer sich selbst bewilligen, so zahlreich, daß der Höchstpreis fast zum Mindestpreis degradiert wird. Der »deutsche Sozialismus« entwickelt eine neue Form des Konkurrenzkampfes, nachdem die alten Formen durch die Dekretwirtschaft mehr und mehr unterbunden werden. Sieger ist der, der den totalen Staat am besten anzuschmeißen versteht. Betrug ist das Mittel, den Druck der Zwangswirtschaft auf den Konkurrenten abzuwälzen. Die Präzeptoren des großen Lehrganges der Kommission für Wirtschaftspolitik treffen also den Nagel auf den Kopf, wenn sie alle sich einig waren, »daß die Gesetze der Ehre jegliche Handlung zu bestimmen haben und daß diese Gesetze darum auch die einer wirklich freien Wirtschaft sind, wobei die Ehre der Nation über alles gehe.«

Soviel zum Thema der »tragischen Diskrepanz«. Aber nach der Meinung von Göbbels' »Angriff« gibt es sie gar nicht, denn er schrieb am 8. Februar:

»Die Dividenden sind im Verhältnis zum Aktienkapital in den letzten Jahren zweifellos erheblich gestiegen, man kann aber auch bei strengster Beurteilung nicht sagen, daß sie im Durchschnitt eine unangemessene Höhe erreichen.«

Na also! G. A. F.

Ueberhaupt ...

»Wir erwarten vom Vierjahresplan neben der Ausschaltung der Juden aus der Führung der Wirtschaft die grundsätzliche Steigerung unserer Gütererzeugung überhaupt.«

Ley in einer Unterredung über den Vierjahresplan. (»Preuß. Ztg.« Nr. 39.)

Hinter den Kulissen von Krupp

Aufrüstungsgewinn von vier Jahren: eine halbe Milliarde Mark Ein Beitrag zum deutschen Rüstungsskandal von Gerd Kreyszig

Vor einigen Wochen hat die Friedr.-Krupp-AG, Essen, ihren Jahresabschluss für das am 30. September 1936 abgelaufene Geschäftsjahr 1935/36 veröffentlicht. Nach 14jähriger Pause — merkt Herr Hitler die Ironie, daß für die Krupp-Millionäre erst jetzt die berühmten »14 Jahre der Schmach« vorüber sind? — wird zum ersten Male wieder eine Dividende auf das Aktienkapital von 160 Millionen ausgeschüttet werden: 14,4 Millionen sogenannter »Reingewinne« werden ausgewiesen, — und davon wird man den »Aktionären« bescheidene 4 Prozent Dividende zahlen, wozu man 6,4 Millionen Mark benötigt. Wenn die Generalversammlung dieser Firma zusammentritt, erscheint Frau Bertha Krupp an der Seite ihres Prinzgemahls von Bohlen und Halbach... und die Aktionäre sind vollatändig versammelt. Denn Frau Bertha Krupp ist die alleinige Besitzerin der »Waffenschmiede Deutschlands«.

Man muß lesen, was das Direktorium dieser Frau Bertha Krupp als Bericht vorlegt und was Frau Bertha Krupp dann als »Generalversammlung über sich selbst« der Öffentlichkeit vorsetzt! Da wird auffällig und aufdringlich unterstrichen, daß die Inhaberin der Firma über ein Jahrzehnt lang auf jede Dividende verzichtet habe, um das Unternehmen über die »zweimal sieben mageren Jahre« hinwegzubringen, — und wenn die Verwaltung jetzt wieder zur Dividendenausschüttung übergeht, — so komme darin das »Vertrauen zu der stark gestiegenen Ertragskraft des Familienunternehmens zum Ausdruck«. Man wird sich hüten, zu sagen, daß man dem Hitlerkurs etwas verdankt — o nein: man hat wieder ausreichendes Vertrauen »zu sich selbst«!

Wer die Geschichte des Hauses Krupp kennt und den Werdegang dieser »national gesinnten« Männer, die die Millionen zusammengeräubert haben, verfolgt hat, dem ist es möglich, sowohl aus den Bilanzen einiges herauszulesen, als auch den Worten des Geschäftsberichtes die richtige Deutung zu geben. In der Entwicklung der Generationen dieser Kanonenfabrikanten bedeutete »Vertrauen« immer, daß man den Abnehmer des ganzen Arsenal von Mordwerkzeugen, die man Tag und Nacht heute in drei Schichten mit 125.000 Menschen produziert, fest an der Gurgel hat! »Vertrauen« bedeutet in Krupp-scher schlichter Sprache, daß man die Konkurrenz niedergekämpft und ein Monopol in der Tasche hat, mit dessen Hilfe sich die Millionen »en gros« verdienen lassen!

Sollte das unter der Herrschaft der Nationalsozialisten anders geworden sein — in einem Zeitalter gespenstischer deutscher Wirklichkeit, in dem die Parole: »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« doch nicht etwa nur ein geflügeltes Wort, sondern die Basis der Volksgemeinschaft ist? Es würde natürlich böses Blut machen, wollte man 25 Millionen Reingewinne ausschütten, wie es im letzten Kriegsjahr vor dem Zusammenbruch der Fall war, — es zeigt viel sinnvoller die »wahren«, jetzt natürlich nationalsozialistische Haltung der Familie Krupp, wenn sie auch trotz der 1933 einsetzenden Aufrüstungswelle noch drei Jahre darbt, sogar einmal drei Millionen Verlust hat, ehe »bescheidene« Reingewinne erzielt werden. 14 Jahre dividendenloses Hungerdasein ist wahrhaftig eine »nationale« Leistung. Seit 3½ Jahren steht der Krupp-Konzern unter Voldampf, und wenn man jetzt zum ersten Male wieder bescheidene 6,4 Millionen Mark Reingewinn auszahlt, — so kommt man... als letzter der großen Stahl- und Eisenbetriebe! Die anderen haben schon viel früher Dividende ausgeschüttet, — Krupp ist also der armseligste aller deutschen Montankonzerne!

Das ist ein Stück echte Krupp-sche Tradition, ein Stück mustergültigen Krupp-schen »Brauchtums«! Es heute besonders zu pflegen, ist ausgesprochen nationale Pflicht!

Hier liegt für uns der Punkt zum Ansetzen: wo so mustergültig Tradition und Brauchtum dreier Krupp-scher Generationen gewahrt wurde, — da wird auch die Tradition... des Hauptbuches im Verwaltungsgebäude in Essen gewahrt worden sein!

Rücken wir also Krupp ins grellste Scheinwerferlicht: wer in

Krupps Bilanzen und Geschäftsberichten die sorgfältig verschleierte und versteckten Geheimnisse zu lüften vermag, — der entlarvt nicht nur ein schamloses Geschäft, sondern trifft Hitler! Eine Aufgabe, die sich wahrlich lohnt, — denn damit fällt die Maske und der von der Gestapo so sorgfältig bewachte Vorhang vor dem ganzen schamlosen Volksbetrug, der mit der Aufrüstung seit vier Jahren betrieben wird.

Das Haus Krupp macht es einem nicht leicht, hinter die Geheimnisse zu kommen, die man lüften möchte. Reden wir gar nicht von den offiziell veröffentlichten Bilanzen; wer des naiven Glaubens ist, daß man dem Rüstungsgeschäft mit dem Rechenschleier und dem noch so gründlichen Studium der Bilanzen und Geschäftsberichte belommen könne, irrt sich. Sie sind nur ein notdürftiges Gerippe, das einige allerdings nicht unwichtige Anhaltspunkte gibt. Die erläuternden Geschäftsberichte zeichnen sich ebenfalls durch eine Sprache aus, hinter der man nur ahnen kann, was eigentlich vorgegangen ist. Aber immerhin: es sind Anhaltspunkte. Allerwichtigste Ziffern und Erläuterungen pflegen hingegen aus gutem Prinzip heraus grundsätzlich zu fehlen. Fachkennern sind Umsatz- und Belegschaftsziffern z. B. wichtige Hinweise: also raus aus dem Geschäftsbericht! In die Bilanz und in den Geschäftsbericht gehört nur, was zur Irreführung nützlich ist, — was die patriotische Gesinnung, die soziale Einstellung erkennen läßt, den Anschein des »ehrlichen Kaufmanns« wahrt... und; dem Gesetz formal und dem Fiskus einigermaßen Genüge leistet!

Wo steht Krupp heute?

Das ist die große Frage, die beantwortet werden muß! Welch merkwürdiger Zufall: die letzte bekanntgegebene Umsatzziffer mit 191 Millionen RM stammt... vom 30. September 1933, aus dem gleichen Jahre, in dem man noch einen Verlust von drei Millionen »auswies«!

Seit diesem Tage gibt der Kruppbericht keine Umsatzziffern mehr offiziell bekannt. Wie die Beschäftigung des Krupp-Konzerns sich weiter gestaltet, bleibt dessenungeachtet kein absolutes Geheimnis: die prächtige kapitalistische Konkurrenzwirtschaft, der Quotenkampf um Förder- und Verkaufsziffern für Eisen, Stahl, Bleche, Schienen, Kohle etc. zwingt zum Ausweis der Ziffern, denn sie bedeuten ein wichtiges Stück Machtposition in der Familie der gierigen Wölfe, mit denen man so lange gemeinsam heult, bis man wieder einen auffressen kann! Und diese Ziffern steigen, steigen! Daß sie in einem gewissen Verhältnis zum Umsatz stehen, ist klar, — die Relation mag sich verschieben, aber im großen und ganzen bleibt sie relativ konstant.

Das zweite wichtige Merkmal: die Belegschaftsziffern. Sie erleiden ein ähnliches Schicksal wie die Umsatzziffern. Man gibt die Belegschaftsziffern etwas unbekümmert bekannt, denn man will der Öffentlichkeit gerne zeigen, für wie viele hungerrige Mäuler man »Brotgeber« ist, — die »Nation« soll wissen, daß Frau Bertha in ihrer dividendenlosen Bescheidenheit 250.000 »Seelen« ernährt! Auch ein Stück alte Tradition und gehobenes Brauchtum.

Allerdings gibt es Grenzen: wenn das Aufrüstungstempo gar zu rasend wird, wenn die ganze Welt aufhorcht und die Riesenbelegschaft in der deutschen Waffenschmiede in gar zu gefährlichen Gegensatz mit der sprichwörtlichen Friedensliebe des Führers gerät, dann... schweigt man lieber!

Per 30. September 1934 gibt man zum letzten Male offiziell bekannt, wie viele Menschen der Konzern beschäftigt!

Trotzdem bleibt das gewünschte Ergebnis für Krupp unbefriedigend: Umsatz und Lohnsumme und Belegschaft haben ihrerseits bestimmte Relationen, — und vorsichtige Schätzungen in dieser oder jener Zeitung, gelegentliche Prozentziffern von eingetretenen Erhöhungen, Hinweise gut informierter Spezialisten bringen doch immer wieder einen Strahl Licht in das absichtliche Dunkel.

Wir haben all diese kleinen Fingerzeige und Hinweise all die Jahre hindurch aufmerksam verfolgt und festgehalten, wir haben sie untereinander in Beziehung gesetzt und Rückproben aufs Exempel, wie-

derum mit Angaben der offiziellen Berichte, gemacht: wir behaupten, daß unser Ergebnis weitgehend stimmt.

Hier das Resultat unserer Beobachtungen für vier Jahre Aufrüstungstaukel:

Gesamtumsatz fast 1/2 Milliarde RM!

1931/32 beträgt der angegebene Umsatz 170 Millionen; die 13prozentige Steigerung im nächsten Jahr erbringt 192 Millionen (191 Millionen ist die letzte ausgewiesene Ziffer). Für 1933/34 wird über eine Umsatzsteigerung von 56 Prozent berichtet: wir halten bei 299,5 Millionen. Für das Jahr 1934/35 wird eine auf 35 Prozent geschätzte Umsatzsteigerung in gut informierten Zeitungen gemeldet: der Jahresumsatz beträgt danach 404 Millionen. Für 1935/36 gibt es bisher keine näheren Schätzungen. Die Relationen zum Fabrikations-Rohertag, zur Summe der gezahlten Löhne und Gehälter und zur Beschäftigtenziffer lassen eine weitere Steigerung um mindestens 25 Prozent als unterste Grenze mit größter Wahrscheinlichkeit annehmen: der Jahresumsatz im vierten Rüstungsjahr beläuft sich danach auf minimal 505 Millionen. Der Gesamtumsatz beträgt dann während der vier Jahre insgesamt mindestens 1,4 Milliarden — höchstwahrscheinlich hat er anderthalb Milliarden überschritten!

Belegschaft: über 410.000!

Krupp startet die Rüstungskonjunktur 1932 mit 46.110 Mann Konzernbelegschaft. September 1933 werden 55.713 bekannt gegeben, für September 1934 bereits 75.240. Man muß sich leibhaftig vorzustellen versuchen, was eine Zunahme von 20.000 Arbeitern innerhalb Jahresfrist bedeutet, um ermessen zu können, welcher Höllenrachen sich da aufgetan hat! (Den größten Sprung machte Krupp wahrscheinlich zwischen dem 30. September und 31. Dezember 1933 mit einer bekanntgegebenen Neueinstellung von 14.000 Menschen in drei Monaten!!)

Seit der Bekanntgabe der 75.240 wird keine exakte Zahl mehr in den Kruppberichten angegeben. Für 1934/35 erfährt man, weil Krupp Wert darauf legt (die Unruhe wächst schon!), wissen zu lassen, daß seine Arbeiter mehr verdienen, daß die Löhne und Gehälter um rund 33 Prozent, die Beschäftigtenzahl aber nur um 24 Prozent gestiegen sei. Die Belegschaft nähert sich also bereits der Hunderttausend-Grenze und steht am 30. September 1935 auf 93.300. Im Geschäftsbericht wird dazu vermerkt, daß damit — auch produktionsmäßig — zum ersten Male »Vollbeschäftigung« erreicht worden sei. Aber was heißt »Vollbeschäftigung« für Krupp, wenn das Vaterland offenbar eine »Voller-Beschäftigung« verlangt?

Im Geschäftsjahr 1935/36 gibt es Rekordziffern, die über den Hochkonjunkturstand der Jahre 1927/28 hinausgehen. Sensationelle Steigerungen:

Rohisenproduktion	... um 21,6%
Rohstahlproduktion	... um 17,6%
Walzwerkerzeugung	... um 17,0%

Die Belegschaft steigt natürlich weiter, — aber die Welt durch irgendwelche verflächtige Andeutungen wissen zu lassen, daß jetzt bei Krupp allein weit über 100.000 Menschen Tag und Nacht Mordwerkzeuge fabrizieren, ist höchst unerwünscht. Absolutes Schweigen im Geschäftsbericht ist also wieder einmal das nationale Gebot der Stunde!

Die Löhne und Gehälter steigen in diesem übervoll beschäftigten Rekordjahr um knapp 15 Prozent. Für 1934/35 wurde die steigende Lohnsumme neben der effektiven Arbeiterzunahme mit dem Wegfall von Feierschichten begründet: alles schuftete seitdem also zu 100 Prozent! Wenn jetzt im vierten Jahr der Hitlerrüstung die Lohnsumme abermals um weitere 15 Prozent gestiegen ist, so kann angenommen werden, daß eine entsprechende weitere Zunahme der Beschäftigten erfolgte. Ja, wir behaupten, daß die Zunahme der Beschäftigten höher als 15 Prozent ist, da man weiß, daß Krupp in verstärktem Maße weibliche Arbeitskräfte eingestellt hat. Sie waren schon im Kriege hochwillkommene, weil billigste Arbeitskräfte: Krupp

wird heute die Frauen und Mädchen nicht besser entlohnen als es altem Brauchtum und alter Geschäftstradition dieses stählerne Hauses entspricht. Wir glauben also, daß eine Zunahme von rund 20 Prozent vorsichtig geschätzt ist und als gegeben angenommen werden kann.

Am Ende des vierten Jahres beträgt die Belegschaft somit über 110.000 Mann.

Schamlose Ausbeutung: 1684 Mark Jahres-Durchschnittslohn

Wir wissen, daß die Berechnung von Durchschnittsverdiensten ein heikles Problem ist. Trotzdem wollen wir sie — mit den notwendigen Einschränkungen — machen. Ueber hunderttausend Menschen schufteten im Krupp-Konzern, mindestens 90.000 im Stammbetrieb Essen der Friedr.-Krupp-AG. Wie viele Tausende sind bereits bei Krupp Krüppel für ihr ganzes Leben geworden? Wie viele hat der wahnwitzige Produktionsprozeß getötet, zermalmt? Wie viele hat die im Krupp-Konzern stationierte Gestapo-Hauptwache ins Gefängnis und ins Konzentrationslager befördert? Wiewiel Not, Erbitterung und Grauen und wieviel Rache-schwüre haben sich in den vier Jahren der »Rettung« durch Hitler hinter den Fabriktoren Krupps aufgestapelt? — Wir wissen es nicht und werden es vielleicht nie erfahren, mit wie vielen Menschenleben Krupp seine blutigen Dividenden verdient. Was zählt schon ein Menschenleben, wenn das »Vaterland« — wie sie es auffassen — ruft?

Wir wissen bis heute nur, daß drei Arbeiter in Essen und Kiel ihre Köpfe unter das Henkerbeil der Göringschen Geheimen Staatspolizei legen mußten: Vaterlandsverrat? — Dividendengefährdung für Frau Bertha Krupp! — Entlarvungsgefahr für braune Gangster!

Wir können aber wenigstens ungefähr angeben, unter welchen Lebensbedingungen und zu welchen Schandlöhnen das endlose Heer der »Kruppianer« werken muß zum Heile des Führers und zum Wohle des Hauses Krupp. Im letzten »Jahre der Schmach« hatten die Gewerkschaften (deren Zerschlagung Herr Krupp mitfinanziert hat wie alle anderen großen Verbrechen in und an Deutschland) noch einen Jahreslohn von durchschnittlich 1951 Mark halten können trotz schwerster Krise; — im ersten Jahre nach der Machtergreifung Hitlers sinkt er bereits auf 1553 Mark: der erste braune »Bonus« ist hereingekommen! Der Durchschnittsverdienst steigt im Geschäftsjahr 1933/34 auf 1627 Mark: der Betrieb hat schon die Tourenzahl erheblich erhöht, aber der Bergbau hat noch reichlich Feierstunden. In 1934/35 steigt der errechnete Durchschnitt nochmals, auf 1760 Mark: der Geschäftsbericht begründet es mit »Vollbeschäftigung« und völligem Wegfall von Feierschichten. Nirgendwo ist etwa eine Lohnerhöhung sichtbar: es wird länger gearbeitet, schneller geschuftet — aber was pro Stunde bei dauernd steigendem Verschleiß der menschlichen Arbeitskraft verdient wird, wird immer weniger. Die Preise steigen täglich, das Arbeitstempo bei Krupp wächst, die gehetzten Hunderttausend stehen am laufenden Band, dessen Geschwindigkeit der Hebel im Kontrollbüro des Maschinenraumes bestimmt! — und hungern!

Wenn unsere Berechnungen sich als richtig und stichhaltig erweisen, sinkt der Durchschnittsverdienst für 1935/36 auf 1684 RM: die billigen weiblichen Arbeitskräfte — sind es schon an die 20.000 wie im glorreichen Vierjahresabschnitt des großen Stahlbades? — wirken sich aus, — in Krupp-scher Sprache sagt man, daß die »vorsichtige Geschäftspolitik« sich auf die Ertragsrechnung »günstig« auswirken beginne.

Sind die errechneten Durchschnittsverdienste zu niedrig — machen wir uns des Verdachts schuldig, absichtlich tendenziös zu sein? Keineswegs: man mag erschrecken über das Elend, das solche Zahlen erkennen lassen — aber: sie sind noch zu hoch!! Denn in der ganzen Lohn- und Gehaltssumme, die die Krupp-Bilanzen ausweisen, stecken auch die Riesengehälter drin, die

die Herren Direktoren, Prokuristen, Oberingenieure etc. erhalten. Die errechneten Durchschnitts pro Kopf der Belegschaft lassen das Arbeitsinkommen des einzelnen Arbeiters noch höher erscheinen, als es tatsächlich ist!

Sprunghafte Steigerung des Rohertrages

In den vier Jahren der Hitlerkonjunktur weist Krupp im ersten Jahr 3,07 Millionen Mark Verlust, — in den drei folgenden insgesamt 31,39 Millionen Mark Gewinne aus, so daß ein Reingewinn von 28,32 Millionen Mark das ganze... magere Ergebnis ist. Davon gibt man Frau Bertha in ihre Privatschatulle jetzt bescheidene 6,4 Millionen. Um dieses wie gesagt — und gemessen an den Profiten anderer, weniger pflichtbewußter Konzerne — so »bescheidene« Ergebnis zu erlangen, bedurfte es — in Kruppischer Sprache — nicht nur »des vollen Einsatzes der industriellen Produktionsmittel, ihres Ausbaues auf mannigfaltigsten Gebieten«, — sondern natürlich auch »der ganzen freudigen Arbeitsleistung der Gefolgschaft in allen ihren Schichtungen. Eine klassische Kruppische Formulierung, — die der »Völkische Beobachter« sich denn auch nicht scheut, wörtlich abzdrukken. (Die »Frankfurter Zeitung« z. B. hat diese klobige Heuchelei zu unterdrücken immerhin für berechtigt gehalten.) Es ist wirklich eine »Freude«, bei Krupp für einen monatlichen Durchschnittslohn von maximal 140 Mark (mit 25—30 Mark Abzügen!) in einem infernalischen Höllentempo schuft zu dürfen! Kein Wunder, daß Ley's KdF bei Krupp wenig Freunde hat: sie haben die »Freude« im Betrieb selbst!

Aber zurück zu den »Reingewinnen«. Jeder Mensch weiß, daß sie eine fiktive Größe sind. Die sogenannten Reingewinne in den Bilanzen besagen also nichts. Wichtig dagegen und weit aufschlußreicher sind die Rohgewinne oder auch Fabrikations- oder (wie bei Krupp) Betriebsüberschüsse genannt. Sie stehen wiederum in einem gewissen Verhältnis zum Umsatz, zur Belegschaft etc., — und was das Wichtigste ist: sie liefern kalkulatorisch und in Kombination mit den anderen bekannten oder ermittelten Ziffern die Basis für die tatsächlich erzielten Gewinne.

Dieser Rohertrag hat — von 108 Millionen im letzten Jahre vor Hitler seinen Ausgang nehmend — folgende Entwicklung in den vier Jahren genommen:

1932/33	118,0 Millionen
1933/34	177,4 "
1934/35	232,3 "
1935/36	287,8 "

Eine respektable Leistung: 815,5 Millionen Mark in vier Jahren! Und von diesem Rohertrag von 815,5 Millionen will Krupp uns glauben machen, seien insgesamt nur 28,32 Millionen »Reingewinne« erzielt worden? Vergessen wir nicht, was wir bisher bereits ermittelt haben:

Rund 1 1/2 Milliarden Umsatz — 815,5 Millionen Rohertrag — 453,1 Millionen Gesamtsumme der Löhne und Gehälter — 28,32

Millionen Reingewinne. Der »Reingewinn« betrüge danach knapp 1,9 Prozent vom Umsatz und knapp 3,5 Prozent vom Rohertrag??

Stille Reserven — verschleierte Riesengewinne

Befragt man die Bilanz, so ist die Antwort höchst bescheiden. Die Anlagen der Krupp AG., die 1932 mit 183,22 zu Buch standen, betragen 1935 nur noch 176,86 Millionen — sind also rund 6 1/2 Millionen niedriger bewertet. Das Anlagenkonto verrät also nichts über den Umfang derjenigen Gewinne, die sofort in neue Anlagen gesteckt worden sind. Welchen feststellbaren Umfang der sogenannten »Selbstfinanzierung« kann man demgegenüber ermitteln? Die Geschäftsberichte, die immer mit hohem Pathos die vorsorgliche Finanz- und Anlagepolitik des Unternehmens rühmen, plaudern darüber einiges aus. Aus ihnen erfährt man, daß in den vier Blütejahren

insgesamt 111,9 Millionen in Neubauten, Erweiterungsbauten, Bodenerwerbungen (neue Schießplätze?) etc. hineingesteckt worden sind.

Diese 112 Millionen sind natürlich ebenfalls in den vier Jahren verdiente »Reingewinne«! Die in der Bilanz sichtbaren Rückstellungen und Reserven sind um rund 36 Millionen erhöht worden, — ebenfalls reinverdiente Millionen! Bei einem Gesamtkapital von 160 Millionen hat Krupp im September 1936 100,3 Millionen offene Reserven in der Bilanz stehen, darunter ein sogenanntes »Werkerhaltungskonto« mit 9 Millionen (1935 geschaffen und erstmalig mit 4 Millionen dotiert) und 65,26 Millionen sonstige Rückstellungen neben der gesetzlichen Reserve von 26 Millionen. Die Vorräte, die Krupp in der Bilanz ausweist, betragen 75 Millionen gegenüber 38 Millionen vor Beginn der Aufrüstung — eine Zunahme um genau 37 Millionen oder 98 Prozent. Die Verdoppelung der Vorräte läßt auf weit höhere, ebenfalls rein verdiente Millionen schließen. Schließlich gibt es noch einen anderen wichtigen Posten, der überhaupt nur glatte Reingewinne darstellt: die Einnahmen aus Erträgen von Beteiligungen, aus Lizenzen etc.: sie sind von 4,38 Millionen Ende 1933 auf 10,25 Millionen Ende 1936 gestiegen und haben im Laufe der vier Jahre den ansehnlichen Gesamtbetrag von 61 Millionen erbracht! Risikolos reinverdiente 61 Millionen!! Sie lassen nicht nur erkennen, daß es auch den Unternehmen, an denen Krupp beteiligt ist, recht gut ergangen ist, — sondern sie werfen auch ein Licht auf das schamloseste und schauerlichste Geschäft, das die Kruppische Waffenschmiede betreibt: den Verkauf ihrer Produktionsgeheimnisse und patentierten Verfahren an die Gegner des nächsten Krieges. Die Demokratie der Nachkriegszeit hat einiges — viel zu wenig leider und ohne Konsequenzen zu ziehen — aufgehellt über die »patriotische« Haltung und Handlungsweise des Kanonenkönigs Krupp vor 1914, der seine Lizenzen auf Granaten- und Granatzünderherstellung an die englische Rüstungs-

firmen Vickers-Armstrong zu Friedenszeiten verkauft hatte mit dem Ergebnis, daß tausende deutscher Soldaten einen »patentierten« Heidentode sterben mußten, den ihnen... der Landsmann Krupp »geliefert« hat. Diese Ehrenmänner haben nach dem Kriege die Schamlosigkeit gehabt, die Vickers-Armstrong auf die nachträgliche Zahlung der Lizenzgebühren zu verklagen. Sechs Millionen (150.000 £) hat Krupp an Lizenzen verlangt, — für jeden Schuß aus englischen, französischen, russischen, australischen, amerikanischen Geschützen, den Vickers-Armstrong geliefert hat, um die Landsleute des »ehrsamen Kaufmanns Krupp« hinzuschlachten!! So macht man Geschäfte.

Kehren wir zu den Zahlen zurück: unsere Feststellungen zeigen, wie lächerlich es ist, wenn die deutsche (und die ausländische!) Presse mit geradezu tödlichem Ernst von den bescheidenen 4 Prozent Dividende und dem bescheidenen Reingewinn von 14,4 Millionen Mark schreibt.

In Wirklichkeit verbirgt sich hinter der zurechtfrisierten Krupp-Bilanz das schamloseste und raffigierigste Millionengeschäft, das jemals ein Krupp gemacht hat. Nicht 28,32 Millionen Reingewinn hat Krupp in vier Jahren verdient — sondern: mehr als eine halbe Milliarde Reingewinn!

Treten wir den Beweis für diese Behauptung an, die ungeheuerlich erscheinen mag. Krupp hat nicht nur das Pech, daß die kurze Zeit demokratischer Staatsform in Deutschland einige Geheimnisse aus den sorgfältig gehüteten Geheimarchiven ans Licht gebracht hat, sondern obendrein auch noch das Pech, daß er kein Neuling unter den Rüstungshyänen ist, vielmehr »Tradition« hat. Ohne Einblick in das geheime Hauptbuch in Essen wird allerdings kein Mensch jemals in der Lage sein, genau sagen zu können, wie viele hundert Millionen das patriotische Haus Krupp bisher insgesamt an »seinem Vaterlande« verdient hat. Aber es gibt Parallelen — verhängnisvolle Zusammenhänge —, verhängnisvolle Vergleichsmöglichkeiten: sie sind es, die uns das ganze korrupte Dritte Reich entlarven und uns Fingerzeige — ja mehr: eine an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit geben, wie Deutschland ausgefleddert wird.

Das Geheimnis des tatsächlichen Reingewinns läßt sich aus dem »traditionellen« Zusammenhang zwischen Rohgewinn, also Betriebsüberschüssen, und Reingewinn, der sich aus früheren Blüteepochen des Hauses Krupp aufdecken läßt. Wir stellen gegenüber:

Bilanzen der:	
4 letzten Vorkriegsjahre:	
Rohgewinn:	Reingewinn:
207 Millionen	126 Millionen
4 Kriegsjahre:	
432 Millionen	226 Millionen
4 Hitler-Jahre:	
816 Millionen!!	28 Millionen?

Bedarf es dazu wirklich noch eines Kommentars?? Ist dieser Vergleich nicht schlechthin erschlagend?

Wohlgemerkt: es handelt sich bei allen

Ziffern nur um die Fabrikationserlöse, bezw. Reingewinne der Friedr.-Krupp-AG., Essen, — nicht um Zahlen für den ganzen Konzern, die noch um ein gewaltiges höher liegen.

Während der Aufrüstungsperiode vor dem Kriege stand das Verhältnis von Rohgewinn zu Reingewinn 1,64:1; während der vier Kriegsjahre verhielten sich Rohgewinn zu Reingewinn wie 1,91:1; und heute soll sich dieses Verhältnis so ungünstig gestellt haben, daß erst auf 29,14 Rohgewinn-Millionen eine Reingewinn-Million kommt?

Legt man die Vorkriegsrelation zwischen Kruppischen Rohgewinnen und Kruppischen (wohlgemeint immer noch frisierten!) Reingewinnen zugrunde, so würden 816 Millionen Rohgewinn mit 497 Millionen Reingewinn gleichbedeutend sein; die Anwendung der Kriegrelation würde für 816 Millionen Rohgewinne 427 Millionen Reingewinne bedeuten!

Man könnte einwenden — und das ist das einzige Argument, das gegenüber unseren Feststellungen Gewicht haben könnte —, daß sich eventl. die Bilanzierungsmethoden geändert haben und sich daraus eine andere Methode der Berechnung des Rohertrages ergeben habe. Abgesehen davon, daß dieser Einwand bei einem so traditionstreuem Hause wie Krupp wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat, würde das wenig bedeuten. Denn: darüber sind wir uns doch im Klaren, daß auch die »Reingewinne« der Vorkriegs- und erst recht natürlich der vier Kriegsjahre — »frisierter« worden sind! Was Krupp in den letzten vier Jahren vor dem Kriege wirklich verdient hat, ist nicht genauer bekannt geworden. Daß aber Krupp während der vier Hochkonjunkturjahre des Weltkrieges nicht nur die ausgewiesenen (!) 226 Millionen verdient hat, ist bekannt. Sein wirklicher Kriegsgewinn wurde später auf den phantastisch anmutenden Gesamtbetrag von rund 800 Millionen beziffert! Und diese Schätzung ist bis heute niemals ernstlich widerlegt worden.

Wir bleiben also bei unserer Meinung, daß Krupp im Hitlerreich bisher mindestens eine halbe Milliarde verdient hat. Dieses Ergebnis unserer Untersuchung ist bereits sensationell genug; wir machen uns aber weder einer Demagogie noch irgendwelcher gewollter Effekthascherei schuldig, wenn wir behaupten, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Millionensatz noch höher gewesen ist. Vor allem aber muß unterstrichen werden, daß Krupp diese Riesengewinne eigentlich nicht in vier Jahren, sondern innerhalb dreier Jahre verdient hat, was das Ausmaß des Skandals noch erheblich steigert. Im Dritten Reich braucht Krupp keinerlei Öffentlichkeit, kein Parlament mit Anfragen, keine Instanz mit unliebsamen Anschauungen über den Uneigennutz nationaler Männer, keinerlei Zeitungskritik oder fachmännische Aufsätze mehr zu befürchten, die in früheren Blütezeiten immerhin wenigstens eine Bremse für ein gar zu unverschämtes Wuchergeschäft waren. Alle diese kleinen Unannehmlichkeiten und Hemmnisse, die sich einem reibungslosen Fluß der Hundertmillionen-Gewinne früher entgegenstell-

An die Stillen

Wenn einer dir von einem Unrecht spricht Und sagt, ein Unrecht wohl, doch dients dem Staat,

So bleibst du stumm und merkst dir das Gesicht,

Denn einem solchen Mann antwortet nicht Ein anderer Mann, der keine Waffe hat.

Und glaubt dein Bub, mit Drohung und Geschrei

Wirbt man erfolgreich für ein schlimmes Land, Kann sein, du schweigst und läßt das Kind dabei

Stumm wünschend, daß ihm nicht beschieden sei

Nutzloser Tod für dieses Vaterland.

Was aber sagst du, wenn die Frau sich grämt, Weil dich das Schweigen, das du trägst, entstellt.

Manch Nachbar hat sich leichter anbequemt, Und wer Bescheid weiß, ist ja doch verfermt, Auch wenn er sich am Arbeitsplatz hält.

Was nützt es, daß du nicht so denkst wie die, So lang du ihrem Fest dich großend fügst! Die andern haben Tritt und Melodie, Du hebst die Hand zum Gruß, marschieren sie, Und wenig Freude macht dir, daß du lägst.

Die Wahrheit hat für dich kein gut Gesicht, Noch wärmt der Schwindel manchen, der ihn glaubt.

Du hörst von Spanien und du jubelst nicht, Denn dort ist Kampf. Du leistest nur — Verzicht.

Wer will sich selbst noch glauben was er glaubt!

Es ist nicht leicht, zu bleiben, was man ist. Wer eine Waffe nimmt, der hats nicht schwer. Ihr andern, die ihr abseits steht und wißt, Sollt spüren, daß mit euch gerechnet ist, Denn wenn der Tag kommt, dann seid ihr das Heer!

Väter und Söhne

Sohn. Und du sagst, Vater, damals konnte in Deutschland jeder aussprechen, was er politisch dachte?

Vater. Jeder.

Sohn. Und wann es Kritik am Staate war?

Vater. Dann erst recht, kein Gemeinwesen kann ohne öffentliche Kritik bestehen.

Sohn. Und es gab keinen Hauswart, keinen Blockwart?

Vater. War völlig unbekannt, alles hätte gelacht darüber.

Sohn. Vielleicht hast du es vergessen, es muß doch irgendwas gegeben haben, das auf die Hausbewohner aufpaßte...

Vater. Wie so muß es? Eine Demokratie braucht keine Hauswächter.

Sohn. Und im Radio konnte jeder hören, was er wollte?

Vater. Die ganze Welt konnte er hören.

Sohn (mit großen Augen). Die ganze Welt... Es gibt noch Leute in der Welt, die dürfen reden, was sie wollen und dürfen sogar hören, was sie wollen... Wer kam damals eigentlich ins Konzentrationslager?

Vater. Niemand. War völlig unbekannt, hätte als Staatschande gegolten.

Sohn. Und der Staat brach nicht zusammen?

Vater. Stehst du nicht heute noch große

Staatens lüft uns — ohne KZ, ohne Blockwarte, mit völliger Freiheit?! Es geht ihnen besser als Deutschland.

Sohn. Das müssen seltsame Zeiten gewesen sein, damals in Deutschland... Da brauchten sich die Eltern nicht mal vor den Kindern zu fürchten?

Vater. Vor niemand. Keiner schaute nach hinten, alle geradeaus.

Sohn. Alle geradeaus... Das muß spassig gewesen sein, diese Sorglosigkeit... Und der Vater durfte seinen Kindern sagen, wenn er mit der Schule nicht einverstanden war?

Vater. Die Eltern sagten ihrem Kinde, was sie für richtig hielten.

Sohn. Und wenn die Kinder es anzeigten?

Vater. Was anzeigten? Eine politische Meinung? Niemand hätte gewußt, was er mit einer solchen Anzeige anfangen sollte. Das entartete Kind aber hätte in Zwangserziehung kommen können.

Sohn. Strafe statt Belohnung? Keine Zwangserziehung für die Eltern? Das kann nicht sein, Vater, du erinnerst dich vielleicht nicht mehr recht.

Vater. Das ein Kind seine Eltern anzeigte, galt als völlig widernatürlich, wie heute noch bei allen demokratischen Völkern. Solch Kind wäre eine Schande für die ganze Familie, für die ganze Zeit gewesen... Die Behörden hätten solch einem Kind das vierte Gebot klar gemacht, hätten das Kind nach Hause geschickt und die Eltern auf diesen unerhörten Fall von Entartung aufmerksam gemacht.

Sohn (fassungslos). Die Eltern waren für das Kind wichtiger als die Partei??

Vater (hilflos umhersehend). Wie soll ich dir das begrifflich machen? Die Parteien existierten für das private, nichtpolitische Leben überhaupt nicht. Jeder durfte sich seine Partei wählen, aber fürs Kind gabs überhaupt keine. Das durfte lernen oder spielen.

Sohn. Und wurde nicht befördert, wenn es die Eltern anzeigte?

Vater. Ich sage dir doch, das galt als widernatürlich, als verbrecherisch, so wie etwa Elternmord. Keine Partei, keine Behörde hätten so etwas auch nur zu vertreten gewagt. Das Blutsband zwischen Eltern und Kind machte solchen Verrat unmöglich.

Sohn. Blutsbande, Bluterbe, Ahnenerbe — das haben wir gestern in der Schule gehabt — — aber wichtiger als die Partei?? Sag mal, Vater, war das nicht ein... ein weichtlicher Staat, wo die Kinder keine Karriere machten, wenn sie ihre Eltern bei der Gestapo anzeigten?

Vater (beherrscht sich mühsam). Gestapo gabs überhaupt nicht! Red nicht von Dingen, die du nicht verstehst. (Verliert die Beherrschung.) Verdorben seid ihr, wißt ihr nicht mehr, was Blutsbande und was Blutschande, was moralisch und was unmoralisch, was tapfer und was feig, was anständig und was gemein ist! Dieser Staat war auf der Wahrheit, der Freiheit und Gerechtigkeit aufgebaut — — (besinnt sich, schaut sich um, lächelt schief und unbestimmt) auf der Gerechtigkeit aufgebaut, so sagen die Meckerer, verstehst du, die Meckerer, aber zu denen gehört dein Vater nicht...

Sohn (wendet sich zum Fenster, greift in sich hinein, denkt: Jetzt kann ich mir was

ten, hat Herr Hitler radikal beseitigt! Vor allem aber ist das wichtigste Hindernis aus früheren Jahren gefallen: das Heeresbudget in der vom Reichstag begrenzten Höhe (wenn es auch recht häufig heimlich überschritten wurde): im Rahmen dieser Budgets fochten die Heeres- und Marinebeschaffungämter vor und während des Krieges mit den Lieferanten um das Maximum an Material und bemühten sich wenigstens, die Wucherpreise des nationalen Hauses Krupp zu drücken. Außerdem gab es auch noch ausländische Konkurrenz.

Heute? — Heute gibt es nur ein Ziel:

	Zunahme 1936 gegenüber 1932
Gesamtumsatz in vier Jahren	1500 Millionen 200 Prozent
Gesamtbelegschaft über 110.000 Menschen	145 „
Erzielte Fabrikationsgewinne	815,5 Millionen 167 „
Gezahlte Löhne und Gehälter	453,1 Millionen 120 „
Ausgewiesene Reingewinne	28,3 Millionen
Feststellbare sonstige Reingewinne (Neuanlagen, Vorratssteigerung etc.)	274,2 Millionen
Steigerung der offenen Reserven	36,0 Millionen 56 „

Reingewinn: über 500 Millionen!

Diese Daten, in Beziehung gebracht mit den analogen Vergleichsmöglichkeiten aus der Vorkriegs- und Kriegszeit, ergeben die Bilanz für den unstrittig größten Rüstungsskandal, den Deutschland jemals erlebt hat.

Das System hat dem deutschen Volk über eine halbe Milliarde Mark ausgepreßt, einzig und allein nur für die Bereicherung einer Firma, — einer Frau! Und wenn wir schließlich noch einen kurzen Blick werfen auf das Konto »Sonstige Aufwendungen« der Kruppischen Gewinn- und Verlustrechnung, — dann brauchen wir nicht mehr nur zu vermuten, mit wieviel Korruption, Bestechung, Schweigegeldern und anderen »traditionellen Geschäftsmethoden« Krupp seine halbe Milliarde unter Dach und Fach gebracht hat, — dann sehen wir es gegenständlich vor unsern Augen: für diese ominösen »sonstigen Aufwendungen« gab Krupp im Geschäftsjahre 1931/1932 ziemlich genau 11 Millionen aus. Schon 1933 braucht man 2 Millionen mehr, per 30. September 1934 (das Geschäft hat richtig eingesetzt!) ist der Betrag auf 19,6 Millionen gestiegen, — im nächsten Jahr klettert er weiter auf 28,8 Millionen und am 30. September 1936 werden 32 Millionen angegeben! Krupp weiß, daß man den »Kleinen«, armseligen Häuten und Gaunern, etwas zukommen lassen muß, wenn man »ganz groß« ins Geschäft kommen will, — Kruppische Tradition war es außerdem immer, den großen Freunden und Gönnern des Hauses mit sinnigen Geschenken und dezenten Ergebnisadressen seine Verbundenheit und den Dank des »Nöte des Vaterlandes so national mitfühlenden Hauses zum Ausdruck zu bringen. Hat jemand Zweifel, daß das im Dritten Reich auf Schwierigkeiten stoßen könnte?

»Schießplatz Spaniens«

Kann man die Bilanz dieser gehäufteten Verbrechen an Deutschland abschließen, ohne

Rüstung und nochmals Rüstung! Heute gibt es keine Devisen für störende ausländische Konkurrenten, — bisher gab es kein Limit für Rüstungsausgaben, bisher spielten ein paar hundert Millionen mehr oder weniger bei einer 25-Milliarden-Verschuldung Deutschlands keine Rolle. Krupp hat ein Betätigungsfeld vor sich, so ideal wie nie zuvor! Alles, was Hitler tat, brachte Krupp eine überreiche Millionenernte!

Fassen wir zusammen, ziehen wir die Bilanz für Krupp nach vier Jahren Hitlerwirtschaft:

	Zunahme 1936 gegenüber 1932
Gesamtumsatz in vier Jahren	1500 Millionen 200 Prozent
Gesamtbelegschaft über 110.000 Menschen	145 „
Erzielte Fabrikationsgewinne	815,5 Millionen 167 „
Gezahlte Löhne und Gehälter	453,1 Millionen 120 „
Ausgewiesene Reingewinne	28,3 Millionen
Feststellbare sonstige Reingewinne (Neuanlagen, Vorratssteigerung etc.)	274,2 Millionen
Steigerung der offenen Reserven	36,0 Millionen 56 „

auf die brutale Skrupellosigkeit einzugehen, die Krupp in Spanien praktiziert?

Vier große Artillerie-Schießplätze, die jeden Militärfachmann neidisch machen, nennt das Haus Krupp sein eigen: zum »privaten Gebrauch!« Dort werden die Proben aufs Exempel gemacht, — dort werden die modernsten Mordwaffen eingeschossen, ausprobiert, abgenommen. Tagtäglich führt Krupp dort seinen »Privatkrieg«, — doch man hat's wahrlich schwer! Zwar läßt sich allenfalls

Deutsche und Hunnen

Ein kleiner offener Brief an den »Reichskulturwalter« Pg. Hinkel.

Man schreibt uns: Zufällig kommt mir das Heft Nr. 1/37 der »Monatsblätter der Reichspropagandaleitung der NSDAP« zu Gesicht, in dem Er. Pg. Hinkel, sich in einem Artikel darüber auszulassen versucht, »Was Juden heute sagen und was sie sind«.

Da zitiert Er. Pg. Hinkel, nun den Teil einer Rede des Zionisten Dr. Joachim Prinz, der von »jüdischer Nation«, »Freiheit der Nation«, vom »eigenen jüdischen Land« usw. spricht und stellt die ganz neue Tatsache fest, daß »damals« die »deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens« im »Central-Verein« genau die gegenteiligen Behauptungen aufgestellt und Erklärungen abgegeben hätten. Er ruft, Pg. Hinkel, von keinerlei Sachkenntnis getrübt, aus: »Zu spät, Ihr überschaulen Juden, zu spät! Das hättet Ihr vor 10 und 20 Jahren Euren Rassegenossen sagen müssen!«

Als »Sachbearbeiter« für diese Fragen braucht Er. Pg. Hinkel, natürlich nicht zu wissen, daß sowohl die Zionisten schon vor 10 und 20 und mehr Jahren genau das gesagt haben, was sie heute sagen, als auch die deutschen Staatsbürger im Central-Verein genau das Gegenteil davon ebenfalls schon vor 10 und 20 und mehr Jahren erklärt haben.

Es reicht, Herr Kulturwalter Pg. Hinkel, bei ihm vielleicht zum Unteroffizier, allenfalls zum Feldwebel, aber von Kultur lasse Er seine Finger, ebenso wie es alle seine Pgs.

noch erproben, ob die neue Panzergranate den Tank auch durchschlägt, bzw. der neueste Tank der Granate von gestern Widerstand leistet, — aber vieles, vieles, was man gerne wissen möchte, läßt sich in Friedenszeiten eben doch nicht erproben, weil solche Probe aufs Exempel Menschenleben kostet. Durchschlägt die neueste Bombe wirklich glatt sechs Stockwerke? In Madrid hat man genügend Objekte! Halten die Tanks, die man in Magdeburg serienweise fabriziert, russischen Granaten stand? Am Maxanares kann man es erproben, die Opfer fallen als Heldensöhne: für Deutschlands Ehre? — für Kruppische Experimente! — aber dennoch im pflichtgetreuen Kampf gegen das Untermenschentum, nicht wahr? Man kann die Marokkaner mit den modernsten Maschinengewehren ausrüsten: erprobt sich die Mordwaffe nicht, sind die Waffen anderer Herkunft besser, — dann kostet es eben ein paar tausend Wüstensöhnen das Leben. Liegt aber etwa das Versagen der neuesten Modelle an der Unfähigkeit der farbigen Truppe?, — dann schickt Hitler die SS-Standarte »Deutschland« in den Kampf vor Madrid! Solche »Wintermanöver« kann sich Krupp auf seinen Schießplätzen in Deutschland denn doch nicht leisten, — und auch die neuesten Torpedos lassen sich besser gegen spanische »Bolschewistenkreuzer« ausprobieren, — von der unersetzlichen »Praxis« der Flugzeuge

tun sollten. Sonst wüßten sie, daß es nichts deutscheres gibt, als Mendelssohnsche Musik: »Wer hat Dich, Du schöner Wald«, und nichts deutscheres als die »Loreley« von Heinrich Heine, wenn auch diese Lieder durch Gröhlerl aus deutschen Bierkehlen oft genug profaniert worden sind. Und Seine Pegas, Kulturwalter Hinkel, schämen sich nicht, den deutschen Schulkindern in deutschen Schulbüchern vorzuliegen, die »Loreley« sei von einem unbekanntem Dichter. »Diesbezügliche — ein Lieblingswort von ihm, Pg. Hinkel, (o du arme deutsche Sprache) möchte ich nur noch sagen: Wir, wir sind Deutsche, er und seinesgleichen sind — Hunnen.

Eine deutsche Frau.

Gemeinnutz

Die Zeitungen melden aus Nürnberg:

»Gaulleiter Julius Streicher vollendet am Freitag sein 52. Lebensjahr.

Am Vormittag überbrachte, wie durch das Städtische Nachrichtenamt bekanntgegeben wird, Oberbürgermeister Liebel in Begleitung von Bürgermeister Dr. Eickemeyer dem Gaulleiter die Glückwünsche der Stadt der Reichsparteitag. Zusammen mit einem Blumenstrauß in den Stadtfarben überreichte der Oberbürgermeister dem Gaulleiter als Geburtstagsgeschenk ein Exemplar der im Jahre 1543 erschienenen seltenen Ausgabe von Martin Luthers Buch »Von den Juden und ihren Lügen«. Das mit einer Titelzeichnung von Lukas Cranach geschmückte in Schweinsleder gebundene Buch weist über 50 Federzeichnungen und Randbe-

und ihrer Armierung gar nicht zu reden! Der Krieg bleibt der »beste Lehrmeister!«

In Deutschland bekommen die Mütter Nachrichten, daß die Söhne beim Manöver tödlich verunglückt seien, — die Experten von Krupp schicken ganz andere Berichte nach Deutschland. Um weitere 500 Millionen verdienen zu können, — dafür lohnt es sich schon, auch ein paar tausend deutsche Söhne ins Gras beißen zu lassen! Das sind für Krupp auch nur »sonstige Aufwendungen«, — von Hitler und seinen gewissenlosen Schacherern und Fiedlerern sogar kostenlos zur Verfügung gestellt. (Gewisse »Unkosten« hat das Haus Krupp schon seit jeher gerne anderen zu tragen überlassen.)

Glückt der Coup, den Hitler in Spanien landen will, — dann sind die Kosten und Verluste rasch »amortisiert« und Krupp kann neue Millionengewinne einscheffeln: Kupferminen, wichtige Erzlager, Rüstungrohstoffe eröffnen lukrativste Aussichten. Deutschland? Nein! Hitler, Krupp lachten danach!

Geben wir dem Hause Krupp zum Schluß noch einmal das Wort; an irgendeiner Stelle im Geschäftsbericht heißt es: »Besondere Aufgaben sind der Firma aus der Wiedergewinnung der deutschen Wehrhoheit erwachsen.« In der Tat: sogar in Spanien und Marokko!

Setzen wir alle Kraft daran, daß die Hitler-Krupp das deutsche Volk nicht auch noch an Leib und Leben ausbluten lassen können!

merkungen eines zeitgenössischen Lesers auf. Die flotten, in ursprünglich-derber Weise der damaligen Zeit gefertigten Zeichnungen beziehen sich auf den nebenstehenden Text und stammen nach dem handschriftlichen Eintrag des humorbegabten Lesers aus dem Jahre 1544. Dieses berühmte Luther-Buch wurde dem Gaulleiter in einer kunstvollen Lederkassette übergeben, die von dem Nürnberger Buchbinder Hans Lang geschaffen worden ist.

Im Senatoren-Saal des Hitler-Hauses füllten sich bald die Wände mit herrlichen Blumen und der lange breite Tisch mit Geschenken.

Das 400 Jahre alte Lutherbuch stammt natürlich aus deutschem Volksbesitz. So geht ein wertvoller Kunstschatz nach dem anderen in private Führerhände, vom Gemeinnutz in den Eigennutz über.

Wieder »Vorkriegsware«

»Vorige Tage war der Vertreter einer Firma bei mir, der die Produkte seines Geschäftes anbieten wollte. Mit geheimnisvoller Miene bedeutete er mir, daß diese Ware »noche aus Qualitätsstoffen hergestellt sei, die wegen der Materialverknappung in vier Wochen vielleicht nicht mehr beschafft werden könnte. Alle neuen Gegenstände dieser Art seien schon aus synthetischen Erzeugnissen gefertigt. Da sollte ich mir doch die Gelegenheit nicht entgehen lassen und noch schnell...«

Westfälische Landesztg. Nr. 23.

wünschen, jetzt ist er mächtig ausgerutscht, jetzt schlägt er mir's nicht ab... Vielleicht den Pullover, oder die neuen Marschaltiefel, oder ein Dolchmesser... B. Br.

Das eberne Muß

Dieser Roman muß noch geschrieben werden, dieser Roman eines Romandichters, der sich nicht von seinem Volke, seiner deutschen Leserschaft trennen wollte, weil er ohne diese Gemeinschaft nicht leben mag. Er kann nur deutsch denken, er muß zu breiten Kreisen deutscher Leser sprechen — er sieht keinen anderen Sinn seines Lebens. Er schluckt alle Bitterkeit des braunen »Umbruchs«, er will hinweg sehen über die Berge von Gemeinheit, will sich absperrn von der Pest, um dichten, um für Deutschland schreiben zu können. Doch was soll er sagen, wenn nicht die Wahrheit? Wie soll er wirken, wenn nicht für Gerechtigkeit und Menschlichkeit? Mensch sein, heißt für ihn, der Wahrheit und der Wirklichkeit dienen. Er muß im Ausland leben, weil heute diese Art im Dritten Reiche erschlagen wird. Er stürzt sich auf einen gewaltigen historisch-religiösen Stoff, er verstopft seine Ohren gegen die Greuel der Gegenwart. Er schreibt von sich: »Ich bin weit eher zum Repräsentanten geboren als zum Märtyrer, weit eher dazu, ein wenig höhere Heiterkeit in die Welt zu tragen, als den Kampf, den Haß zu nähren...«

Doch da er ein Ringender, ein ewig Wachsender ist und kein kalter Routinier, muß er ab und zu »sein Herz waschen«, weil er sonst vergehen müßte. Immer wieder muß er seinen »Abscheu vor dem, was zu Hause in elenden Worten und Tatengeschah, unver-

hohlen Ausdruck geben...« Schreiben ist ihm eine moralische Tätigkeit, mag das daheim auch die ganze Schrifttumskammer vergessen und das Schreiben zum Sklavendienst erniedrigt haben.

Und so kommt dieser Schriftsteller zu ablehnenden Gesten und stillen Protesten. Die Despoten suchen solches zu ignorieren, denn der »Kritikaster« ist weltberühmt, Nobelpreisträger, sein Wort hat internationalen Klang. Er aber muß immer wieder seine Seele lüften, so stöckig, so schmutzig ist all das, was er übersehen soll; er kann nicht mehr atmen, er reißt das Fenster weiter auf. Es kommt, wie es kommen muß: Ausbürgerung, Raub seines Eigentums, Aberkennung des Ehrendoktors. Ein demokratisches Land gibt ihm neues Heimatsrecht, die Harvard-Universität schlägt der hitlerdeutschen Reichskulturkammer ins Gesicht, indem sie dem Beraubten einen anderen Doktorhut reicht. Ein nicht zum Märtyrer, nicht zur Polemik Geborener steigt in den Kampf gegen die neudeutsche Barbarei. Es gibt für Menschen des Wortes in dieser Zeit nichts anderes, wenn sie nicht verderben, nicht ersticken wollen.

So die Vision, die den aufgeschlossenen Leser befällt, wenn er Thomas Manns jüngst erschienene Schrift liest. (Ein Briefwechsel, Europa-Verlag). Sein Brief an jene philosophische Fakultät in Bonn, die ihn befehlsgemäß aus der Liste der Ehrendoktorstrich, ist eine konzentrierte, nachdrückliche Abrechnung mit Deutschlands Verderbern und wird immer ein packendes Dokument der Humanität und ein Zeugnis brauner Schande bleiben.

Die geheimnisvolle Hanna oder: Die befreite Presse.

Endlich ist er heraus, der braune Journalistenfilm. Er entspringt einem Preisauschreiben der Tobis, erhielt das Prädikat »staatspolitisch wertvoll« und erlebte jetzt in Berlin seine Uraufführung. Der Film beginnt in der verruchten Weimarer Demokratie, die es zuließ, daß das Geld ausländischer Konzerne ins deutsche Pressewesen eindrang. Der journalistische Held des Films, Herr Togger, wehrt sich dagegen, und eipe geheimnisvolle Mitarbeiterin, namens Hanna, gezeichnet »Lux«, spielt ihm das Material zum Kampfe in die nervigen Flüste. Unterstützt wird der Kampf selbstverständlich nur von der Nazi-Presse, die sich bekanntlich nie aus den Kassen von Konzernen schmieren ließ, wie ja auch die NSDAP nie kapitalistische Gelder nahm — abgesehen von den lumpigen 12 Millionen, die ihr 1932 von kapitalistischer Seite vorgehalten wurden.

Den Schluß des Films schildert die DAZ so:

»Nach dem Selbstmord des Zeitungsbesitzers bekommt der Reuler-Konzern das Blatt in seine Fänge. Togger geht und alle anderen flühen sich. Nur einer, der junge Reporter Peter, greift den Kampf wieder auf. So hoffnungslos seine Aussichten auch sind, so verhilft doch der politische Umschwung des Jahres 1933 seinem Kampfe um die Sache Toggers zum Siege und dem jungen Peter zu dem Mädchen Hanna, alias »Lux«.

Die Spannungen zwischen den Parteien, Klassenhaß und Wirtschaftsverfall bilden den dunklen Hintergrund, der der Filmfabel ihr Gewicht und ihre Bedeutung, über das gezeigte Einzelgeschick hinaus gibt.

Schon aus der Geschichte von dem ge-

heimnisvollen Mädchen, die selbst die DAZ »eine problematische Rolle« nennt, weht jedem das Kitschige der Handlung entgegen. Wann aber folgt die Fortsetzung? Sie sieht so aus: Nach der Befreiung des Blattes durch den nationalen Umbruch entsteht jener Eher-Konzern, der ein gleichgeschaltetes Blatt nach dem anderen mehr durch Peitsche als durch Zuckerbrot in seinen Besitz zwingt. Der junge Peter, der doch den Kampf um die Unabhängigkeit der Presse auf seine Fahne geschrieben hat, endet im KZ, während die geheimnisvolle Hanna sich rechtzeitig die Haare wachsen läßt und den Absprung in den BdM sucht und findet. Die Zeiten sind vorbei, da deutsche Zeitungen »überfremdet« wurden, wir überfremden selber, in ausländischen Blättern rollen, über Konto Filmreklame etc., die Schmiergelder des Propagandaministeriums, indes den hochgestellten Aktionären des Eher-Konzerns die Millionen der »befreiten Presse« in die weit geöffneten Taschen fließen.

Diese Fortsetzung jedoch wird erst im Deutschland der Zukunft geschrieben werden können.

Spontan

»München: Der Führer übergab dem Reichsschatzmeister Schwarz den Verwaltungsneubau der NSDAP. Obwohl der Besuch des Führers nicht bekanntgegeben war, hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge, darunter Münchener Schulklassen, vor dem Verwaltungshaus angesammelt, die den Führer mit herzlichen Hellrufen begrüßten.

(Deutsches Nachrichtenbüro.)

Geheimnisvolle Ehrengerichts-Urteile

Verbot der Berichterstattung

Die Deutsche Arbeits-Korrespondenz, von der die gesamte Arbeitsfrontpresse mit den literarischen Erzeugnissen der Volksgemeinschaft täglich versorgt wird, bringt in ihrer Ausgabe vom 10. Februar 1937 in Fettdruck folgende Anweisung:

Für die Schriftleitungen
Die in Nr. 31 der Deutschen-Arbeits-Korrespondenz vom 9. Februar 1937 (Blatt 4) erschienene Notiz »Unbedingte Sicherung des Arbeitsfriedens« wird hiermit zurückgezogen. DAK-Hauptschriftleitung.

Was ist geschehen? Es soll nachträglich verboten werden, über die Glanzleistungen des Nationalsozialismus auf dem Gebiet des Arbeitsfriedens zu berichten. Man sollte annehmen, daß mindestens die Ehre der Arbeit verletzt worden ist, wenn sogar die DAK, die artigste aller arbeiterigen Zeitungen so derb zensuriert wird. Aber weit gefehlt, es handelt sich um einen Bericht des Sozialen Ehrengerichts, dessen voreilige Publikation einen Tag später rückgängig gemacht werden mußte.

Die nicht mehr einzustampfende Berichterstattung der DAK vom 31. Februar lautet wörtlich:

»dak — Das Soziale Ehrengericht für den Treuhänderbezirk Mitteldeutschland hatte kürzlich einen bedauerlichen Fall zu verhandeln, der Gelegenheit gab, den unbedingten Willen des neuen Reiches zum Arbeitsfrieden zu bekunden. Der Tatbestand war folgender:

Ein Geschirrführer arbeitete mit etwa 40 bis 50 Stammarbeitern auf der von einem Amtmann bewirtschafteten Domäne. Er war Betriebszellenobmann und auch Vertrauensmann. Die Stammarbeiter erhielten als Entlohnung neben dem Deputat Bargeld und »während der Erntezeit« Prämien in Form von Stundenzuschlägen. Leider war hier eine genaue zeitliche Begrenzung nicht angegeben. So kam es natürlich zum Streit. Der Vertrauensmann, anscheinend noch ganz in der irrigen Auffassung befangen, Vertreter nur der Gefolgschaft zu sein, verlor alle Vernunft und forderte nach kurzer, zunächst vergeblicher Verhandlung mit dem Inspektor des Amtmanns die Gefolgschaft mit Erfolg auf, nicht weiter zu arbeiten. Die Landesbauernschaft und der Treuhänder der Arbeit wurden verständigt, worauf es nach einigen Stunden, jedoch nicht ohne Vermeidung von Schlägen, wieder zur Arbeitsaufnahme kam. Später wurde noch auf einem Betriebsappell auf das Ungezügliche und Verantwortungslose der Handlungswiese der Gefolgschaftsmitglieder, die da mitgemacht hatten, hingewiesen.

Es war selbstverständlich, daß gegen den Vertrauensmann ein soziales Ehrengerichtsverfahren eingeleitet wurde. Das Urteil war denn auch hart genug durch die Verhängung der schwersten Strafe. Das Ehrengericht erkannte nämlich auf Entfernung des Angeklagten von seinem bisherigen Arbeitsplatz. (Urteil vom 21. X. 1936 — E. V. Arb. I 20/36.) In dem Urteil wird u. a. auf den Schaden hingewiesen, der durch das Verhalten des Angeklagten entstanden ist. Die weiteren Ausführungen beweisen die Nichtteilnahme des Gefolgschaftsmitglieds zur Ausfüllung einer so wichtigen Stellung innerhalb der Betriebsgemeinschaft, so daß den anderen Gefolgschaftsmitgliedern eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr zugemutet werden kann.

Der Berichterstatler spricht anschließend »ein offenes Worte zu dem »richtigen« Urteil. Streiks seien völlig falsche und überdies volkschädliche Mittel, um Unstimmigkeiten im Arbeitsleben zu beseitigen. Er versichert gleichzeitig, daß im neuen Strafrecht alle Sicherungen für den Arbeitsfrieden vorgesehen seien.

Die ganze Berichterstattung zeigt die Absicht, die Verwerflichkeit des Streiks darzulegen und das Urteil als warnendes Beispiel bekannt zu geben. Dennoch fährt die Hauptschriftleitung das schärfste Geschütz gegen die Veröffentlichung auf und desavouiert sich auf höheren Befehl selbst.

Wäre die DAK eine Korrespondenz, die den sozialen Arbeiterinteressen dienen möchte, so könnte man ihr höchstens vorwerfen, daß sie in ihrem Bericht das wichtigste unerwähnt läßt, nämlich die eienenden Arbeitsbedingungen, wie Höhe des Barlohnes, Arbeitszeit und Verpflegung, Zustände, die offenbar die ganze Empörung dieser Landklaven erst hervorgerufen haben. Es muß im Dritten Reich schon schlimm sein, wenn die Nazi-Proleten zur Waffe des Streiks greifen. Aber diese Schonung des Ausbeutera im Bericht war sicher nicht der Grund des Publikationsverbots. Die langatmige Verurteilung jeder kollektiven Arbeitsniederlegung, wie sie der Bericht enthält, müßte dem Regime eigentlich die willkommenen Gelegenheit zur nationalsozialistischen Erziehung der Gefolgschaften im Sinne des Arbeitsfriedens sein, der schon in der Überschrift gefeiert wird.

Und trotz alledem, das Verbot an die

Presse, einen Originalbericht der amtlichen Korrespondenz über ein Urteil des Ehrengerichts nachzudrucken. Da gibt es nur eine Erklärung — die Unsicherheit der Nazigewaltigen und die schlotternde Angst vor der Arbeiterschaft. Die Tatsache, daß eine schamlose Ausbeutung der Arbeiter und ein völliges Versagen der Faschisten hinsichtlich des primitivsten Arbeiterschutzes bis in die Reihen der Arbeitsfront-Funktionäre hinein die Kampfbereitschaft und die Klassensolidarität der Entrechteten und Unterdrückten wecken muß, das war's, was bekannt werden sollte.

Es war zum erstenmal, daß die gleichgeschaltete und von oben kommandierte Presse in einem besonders zugespitzten Fall — wenn auch nur versehentlich — der

Öffentlichkeit von den Widerstandsregungen Kenntnis geben wollte, die täglich und in wachsender Zahl in allen Teilen des Reiches und in allen Berufen festgestellt werden können.

Es gärt im Volke, aber der Welt soll das Gegenteil vorgetäuscht werden: Freude, Zufriedenheit und Begeisterung der schaffenden Menschen für die Diktatur. In der Presse des Dritten Reiches triumphiert die Lüge. Sollte aber eine der jammervollen Schreiberseelen der Deutschen Arbeitsfront auch nur einen Tag die Wahrheit sagen, dann sorgt die Hauptschriftleitung nach höchstens 24 Stunden, daß sie wieder »zurückgezogen« wird.

Dabei hat man sogar die »Unbedingte Sicherung des Arbeitsfriedens« wieder zurückgezogen. Was bleibt, ist der Kampf.

Intensivierte Ausbeutung

Die Diktatoren über Deutschland können nicht mit Erfolg bestreiten, daß die derzeitige wirtschaftliche Konjunktur mit einer erheblichen Intensivierung der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft durch den kapitalistischen Unternehmer verbunden ist. Sie rechtfertigen diese Tatsache mit dem angeblich gebotenen Tempo, in dem die militärische und wirtschaftliche Aufrüstung Deutschlands erfolgen müsse. Daneben bemühen sie sich, die Industriestatistiken, aus denen der Steigerungsgrad der Ausbeutung zu ersehen sein könnte, möglichst unübersichtlich und

unklar zu halten. Wir sind jedoch in der Lage, an ein paar Beispielen aus der deutschen Braunkohlenindustrie zu zeigen, in welchem Umfang die Rationalisierung und die Ausbeutung der Arbeiter unter der Herrschaft der Nationalsozialisten vorgetrieben worden ist. Sie zeigen durchwegs, daß die Erhöhung der Belegschaftsziffern im Jahre 1935 im Vergleich zu 1933 nur wenige Prozent beträgt, während die Produktionsziffern Steigerungen bis zu 100 und mehr Prozent erfahren haben. Es betrug bei:

Bubisch Berlin:	Steigerung in		
	1933	1935	in Prozent
Belegschaft	3552	3656	2,9%
Braunkohlenförderung (in Mill. t)	4,6	5,4	16,8%
Briketterzeugung (in Mill. t)	1,5	1,7	10,4%
Stromerzeugung (in Mill. kWh)	194,0	343,3	77,0%
Ziegelsteinerzeugung (in Mill. Stück)	7,1	11,2	56,9%
Grube Leopold A.-G.:			
Belegschaft	1400	1450	3,6%
Braunkohlenförderung (in Mill. t)	1,33	1,78	25,6%
Briketterzeugung (in Mill. t)	0,27	0,36	32,2%
Stromerzeugung (in Mill. kWh)	38,4	49,2	28,0%
Ziegelsteinerzeugung (in Mill. Stück)	2,63	7,50	185,0%
Hubertus Braunkohlen-A.-G. Brügge:			
Belegschaft	551	558	1,3%
Braunkohlenförderung (t)	687.000	815.000	18,6%
Briketterzeugung (t)	385.000	445.000	15,8%
Ilse Bergbau A.-G.:			
Belegschaft	4614	4812	4,3%
Braunkohlenförderung (in Mill. t)	6,76	8,62	27,6%
Briketterzeugung (in Mill. t)	2,18	2,34	7,7%
Stromerzeugung (in Mill. kWh)	135,0	155,0	14,0%
Ziegelsteinerzeugung (in Mill. Stück)	7,46	14,93	100,0%
Niederlausitzer Kohlenwerke:			
Belegschaft	3902	3963	1,6%
Braunkohlenförderung (in Mill. t)	5,49	5,67	3,3%
Ziegelsteinerzeugung (in Mill. Stück)	9,04	13,69	51,0%

Wir können diese Beispiele noch vermehren. Die Oberbayerische Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau hatte 1935 im Vergleich zu 1933 ihre Belegschaft um 5,5 Prozent abgebaut. Gleichzeitig konnte sie die Pechkohlenförderung um 8,3 Prozent steigern.

Nur zu einem Teil sind diese höheren Pro-

duktionalleistungen auf die fortschreitende Maschinisierung im Braunkohlenbergbau zurückzuführen. Zuerst belegen sie, daß die kapitalistischen Ausbeutungsmethoden im Dritten Reich heute viel schärfer zur Anwendung kommen.

Sonniges Kinderspiel

In der Kaiserstraße in Rastenburg verspürte ein Fußgänger plötzlich einen heftigen Schlag gegen den linken Fuß. Es stellte sich heraus, daß eine Teschingkugel den Fuß dicht am Knöchel durchschlagen hatte und im Strumpf hängen geblieben war. Man konnte zwar feststellen, aus welcher Richtung der Schuß gekommen war, doch konnte man den leichtfertigen Schützen nicht ausfindig machen. Es dürfte sich wahrscheinlich um eine gefährliche Spielerei dummer Jungen mit einer Schußwaffe handeln.

In einer Bäckerei in Tilsit ereignete sich ein folgenschwerer Unfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Der 15jährige Paul W. und der 15jährige Alfred E. hatten sich, um auf Spatzenjagd zu gehen, zwei Teschings gekauft. Sie hatten zusammen mit ihrem Arbeitskameraden Rudolf B. in der gemeinsam bewohnten Stube Schießübungen veranstaltet.

Als die 11jährige Schülerin Erna Fährlich zu ihnen in die Stube kam, zeigte B. ihr einen Tesching. Dabei löste sich ein Schuß und drang dem Mädchen in der Herzgegend durch den Körper. Die Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus gebracht, wo sie gegen Abend starb.

Berlin: Gestern nachmittag wurde vor dem Hause Lauenburger Straße 1 der elfjährige Schüler Erhard Korzekwa, der sich auf dem Heimwege von der Schule befand,

von einem anderen, bisher noch nicht ermittelten Schüler vermutlich mit einem Terzerol in das Gesicht geschossen und verletzt. Der Junge konnte sich noch in seine elterliche Wohnung begeben, wurde dann aber sofort nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht.

Diese Zeitungsmeldungen folgten einander in einem Abstand von wenigen Tagen. Dabei ist zu bemerken, daß Vorfälle dieser Art regelmäßig nur in den Blättern jenes Bezirkes zu lesen sind, in dem das Unheil geschah. Uns stehen aber nur wenige deutsche Zeitungen zur Verfügung. Unzählige ähnliche — auch schwerere — Fälle werden ganz verschwiegen, besonders wenn sie sich in den Lagern und auf den Übungsplätzen der Hitlerjugend ereignen.

Höflicher Wink mit dem Gehirnsabszeß . . .

Der berühmte Chirurg der Pariser Sorbonne, Vincent, den die »Berliner Medizinische Gesellschaft« zu einem Vortrag über eine »Neue Behandlungsmethode bei subkutanen und chronischen Gehirnsabszessen der Großhirnhemisphäre« eingeladen hat, begann seine Darlegungen mit folgenden Worten:

»Meine Damen und meine Herren! Für die Zukunft der Menschheit und das Schicksal der Völker erscheint es mir besser, wenn man sich über Gehirnsabszesse unterhält, als wenn man sich gegenseitig solche in den Kopf schlägt.«

Der Vortrag hat, wie wir der deutschen medizinischen Fachpresse jetzt entnehmen, vor dem »Reichsarztzuführen«, dem »stellvertretenden Gauleiter« und vor anderen hohen

Nazi-Figuren in voller Kriegsbemalung, mit Ehrendolch, Schulterriemen und Mehrlade-pistole, stattgefunden. Kein Wunder, wenn sich der höfliche »Erbfeind« so unpathetisch-vernünftig inspiriert fühlte . . .

Meine — Schande — deine Schande

»Die Angeklagten werden in den Kerkern der Gestapo nicht nur körperlich gequält. Sie werden vor allem seelisch in barbarischer Weise gepeinigt und gefoltert. Die marternden Verhöre der Gestapo gegenüber den Angeklagten pflegen Tag und Nacht nicht abzubrechen. Die Angeklagten werden dauernd aus dem Schlaf geschreckt. Sie werden mit grellen Lampen erschreckt. Finstere Todesdrohungen werden dauernd gegen sie ausgestoßen. Sie dürfen sich viele Stunden lang nicht setzen und nicht einmal an die Wand anlehnen. Auf diese schamlose Weise zermürbt die Gestapo die Widerstandskraft ihrer unschuldigen Opfer. Spitzel werden ihnen vorgeführt und legen in ihrer Gegenwart »Geständnisse« der widerlichsten Art ab. Den Angeklagten wird dann gesagt, sie bekämen wieder Ruhe, wenn sie endlich auch derartige Geständnisse ablegen. Nach den dauernden Peinigungen sind diese arme Menschen schließlich ohne jeden eigenen Willen und plappern wie die Papageien alles nach, was die Gestapo ihnen vorsagt, nur um in Frieden gelassen zu werden. Mit derartigen »Geständnissen« von bedauernswerten Menschen, die an Leib und Seele ruiniert worden sind, arbeitet die Gestapo bezeichnenderweise.«

Das ist kein Absatz aus dem Braunbuch. Das haben wir wörtlich aus der nationalsozialistischen »Preußischen Zeitung« abgedruckt. Wir haben nur ein paarmal für GPU Gestapo eingesetzt, wodurch der Sinn, wie sich zeigt, in keiner Weise entstellt worden ist.

Der Kulturschreck

In Wiesbaden fand eine »Gaukulturtagung« der NSDAP statt. Die »Frankfurter Zeitung« (Nr. 84) berichtet:

»Sonntag vormittags veranstaltete die Hitler-Jugend im großen Saal des Kurhauses eine Morgenfeier in der liturgischen Form, die hier bereits traditionell geworden ist — mit Fahneneinmarsch, Wechsel von kleinem Blasorchester, Einzelsprechern und einstimmigem Knabenchor und einer Rede als Mittelstück. Diese Rede hielt der stellvertretende Leiter des Kulturamtes der Reichsjugendführung, Obergebietsführer Cerf, der schon bei vielen Gelegenheiten mit programmatischen Erklärungen hervorgetreten ist. Er begann mit der Zitierung eines Verses von Hanns Johst, den er der Morgenfeier zugrundelegen wollte: »Wir sind der Schreck der kommenden Zeit, wir Jungen, wer uns gewann, hat Ewigkeit errungen.«

»Wir sind der Schreck« — und die ganze »kulturelle« Erziehung im Dritten Reich ist dazu angetan, diesen Schreck noch schrecklicher zu machen.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt
Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphias«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. M. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia
Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2,45 (29,50) Bulgarien Lew 5.— (96.—) Dänzig Gold 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—) Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lir. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60) Litauen Lit. 0,55 (6,60) Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pt. 0,20 (2,16), Polen Zloty 0,50 (6.—) Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei. 10.— (120.—) Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40) Ungarn Pengö 0,35 (4,20) USA 0,08 (1.—)
Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304 Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 194.797 Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 3029 Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad Konto »Neuer Vorwärts«. Neograd Nr. 51.995 Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.